

# Volks-Tribüne.

## Social=Politisches Wochenblatt.

Die „Berliner Volks-Tribüne“ erscheint jeden Sonnabend früh. — Abonnements-Preis für Berlin monatlich 50 Pfg. pränumerando (frei ins Haus). — Einzelne Nummer 15 Pfg. Durch jede Post-Anstalt des Deutschen Reiches zu beziehen. (Preis vierteljährlich 1 M. 50 Pfg.; eingetragen unter Nr. 893 der Zeitungspreislifte für das Jahr 1890.)

Redaktion und Expedition:  
S. O. (26). Oranien-Strasse 23.

Inserate werden die 4spaltige Petit-Zeile oder deren Raum mit 20 Pfg. berechnet. — Vereins-Anzeigen: 15 Pfg. Arbeitsmarkt: 10 Pfg. — Inseraten-Nachnahme in der Expedition: Oranien-Strasse 23.

Ausgabe für Speditoren:  
„Volksblatt“ Zimmer-Strasse 44.

Nr. 11.

Sonnabend, den 15. März 1890.

IV. Jahrgang.

**Deutsche Industrielle über englische Arbeiterverhältnisse I. — Gesteigerte Produktion und der Antheil der Arbeiterklasse. — Arbeitsschutz in Frankreich. — Internationale Kongresse. — Der Regierungskongress zum Arbeiterschutz. — Arbeiterschutz. — Preßstimmen zu den Reichstagswahlen. — Novelle von Bruno Wille. — Die sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten I. — Die moderne Arbeiterbewegung. — Das Großkapital im Buchdruckergerwerbe. — Auch eine Auffassung der Agrarfrage. — Die national-liberale Fraktion. — Wahlproteste. — Zur Achtstundenbewegung.**

### Die Kreuzbandabonnenten

bitten wir, wo es irgend angeht, vom 1. April an direkt von der Postanstalt zu beziehen.

Die Bestellungen müssen möglichst bald, jedenfalls vor Monatschluss bewirkt werden und können bei allen Postanstalten des Reiches erfolgen (unter Nr. 893 der Zeitungspreislifte für 1890).

Die Zeitung muß dann bei der betr. Postanstalt abgeholt werden. Gegen 15 Pfg. Aufgeld — also für März 1,65 pro Quartal — liefert aber der Briefträger auch frei in's Haus.

Wo Kreuzband aus besonderen Gründen weiter gewünscht wird, erbitten wir umgehende Nachricht; sonst nehmen wir an, daß direkte Bestellung bei der Post erfolgt ist und senden daher vom 1. April ab nicht weiter.

### Englische Arbeiterverhältnisse in deutschkapitalistischer Beleuchtung.

I.

Was sie gestern gelernt, das wollen sie heute schon lehren;

Ah, was haben die Herren doch für ein kurzes Gedächtnis.

Es ist trotz der im Vollbewußtsein echt deutscher Gründlichkeit vorgebrachten Behauptung des Herrn Dr. Deumer, eines Mitgliedes jener Kommission, welche von Vereinen deutscher Industrieller nach England zum Studium der dortigen Arbeiterverhältnisse entsandt worden war — trotz der Behauptung, daß die Kommissionsmitglieder nicht zu den Leuten gehörten, auf welche das obige Sprüchlein Schillers gemünzt ist, müssen wir gestehen, daß wir gezwungen sind, entgegengelegter Meinung zu sein. Denn jener Behauptung steht, wie wir nachweisen werden, die bedenkliche Thatsache gegenüber, daß jene Herren in dem kürzlich veröffentlichten Berichte über ihre Studienreise die englischen Arbeiterverhältnisse total schief und verkehrt, um es kurz heraus zu sagen, vom einseitig bornirten und vorurtheilsvollen Standpunkte des deutschen Kapitalisten dargestellt haben.

Es fällt uns natürlich nicht ein, die Wichtigkeit des zahlenmäßigen Materials zu bezweifeln, welches der Kommission über die thatsächlichen Verhältnisse von den englischen Gewerkschaftsführern, vom Labour Correspondent des Board of Trade und anderen in die Hand gegeben worden ist, sondern unsere Kritik richtet sich nur gegen den Kommentar, welchen die Kommission in ihren Berichten beigefügt hat. Mit der Anwendung dieses Kommentars auf deutsche Verhältnisse seitens der Kommission haben wir uns hienher zu befassen.

Während etwa vier Wochen ist die aus drei Abgeordneten bestehende Kommission, der sich noch ein Privatmann angeschlossen hatte, im Fluge durch sechs englische und schottische Industriestädte und Handelsplätze gereist und hat täglich ungefähr sieben bis acht Personen interviewt, Gewerkschaftsführer, „Arbeitervertreter“ im Parlament (darunter auch Herrn Broadhurst), Fabrikanten, Advokaten, die bei Streitigkeiten zwischen Arbeitern und Arbeitgebern als Schiedsrichter fungirten, u. s. w. Nach ihrer Rückkehr im Oktober des letzten Jahres verfolgten sie noch in einer Anzahl englischer Zeitungen die Artikel über die neuesten Erscheinungen der englischen Arbeiterbewegung. Das ist alles, woraus die Kommission sich ihre Anschau-

ungen bildete und worauf sie sich in der Beurtheilung der englischen Verhältnisse im Gegensatz zu den deutschen stützte. Mehr Oberflächlichkeit und Leichtfertigkeit hätte man in der That bei der ernsthaften Untersuchung eines Gegenstandes schwerlich zeigen können. Nach einer so minimalen Spanne Zeit des Studiums über die englischen Verhältnisse das letzte Wort sprechen zu wollen, läßt erkennen, wie gering das Bewußtsein der vollen Verantwortlichkeit ihres Thuns bei der Kommission war, oder wie stark von vornherein ihre geheime Absicht, in betreff der Gewährung gewisser Konzessionen an die deutschen Arbeiter ein negatives Urtheil zu fällen.

Zunächst kann die Kommission nicht umhin, zuzugeben, daß die volle Koalitionsfreiheit, wie sie in England besteht und namentlich in der Institution der Trade-Unions ihren Ausdruck findet, für beide Theilhaber, Arbeiter sowohl wie Arbeitgeber, gewisse wohlthätige Wirkungen gehabt habe. Die Kommission zitiert eine hierauf bezügliche Stelle aus einem Report des Board of Trade, wonach in früherer Zeit, vor dem allgemeinen Befehlen und der offiziellen Anerkennung der Trade-Unions, umfangreiche und mit gewaltsamen Ausschreitungen verbundene Streiks an der Tagesordnung waren, während heute, namentlich in den Arbeitszweigen, in welchen die Arbeiter in mächtigen Gewerkschaften organisiert sind, Streiks weit weniger häufig sind und zu den Ausnahmefällen zählen, Arbeiterrevolten endlich völlig verschwunden sind. In verschiedenen Unterredungen bekam es die Kommission zu hören, daß man eine gewisse Sicherheit und Stabilität in den Verhältnissen mancher Industriezweige direkt auf die Existenz starker Trade Unions zurückzuführen habe.

Dies ist natürlich für eine echte rechte Kapitalistenseele ein äußerst unangenehmes und unbequemes Bekenntniß. Herr Bued, Geschäftsführer des Centralverbandes deutscher Industrieller und Mitglied der Kommission, sucht daher die Wirkung jenes Bekenntnisses möglichst abzuschwächen und selbst seine Richtigkeit in Frage zu ziehen, indem er auf die zum Theil vom Board of Trade veröffentlichten Zahlen über die Streiks hinweist, die in letzter Zeit stattgefunden haben. Darin besteht der ganze Beweis, mit dem Herr Bued die obige, von Engländern ausgesprochene Behauptung zu widerlegen sucht. Ein Beweis dagegen, den zu erwarten man wohl berechtigt war: daß nämlich die Zahl der Streiks in England gegen früher zugenommen habe oder wenigstens auf gleicher Höhe geblieben sei, wird von dem Herrn ohne weiteres als nicht erforderlich betrachtet. Eine nette Widerlegung!

Wenn übrigens die Streiks jetzt noch ziemlich zahlreich sind, so liegt dies zum guten Theil daran, daß die englischen Arbeiter keineswegs genügend organisiert sind. Der achte oder der neunte Theil der englischen Arbeiter gehört überhaupt nur den Unions an. Also nicht darauf, daß die Gewerkschaften zu stark, sondern noch zu schwach sind, beruhen die vielen Ausstände. Die völlige Streiklosigkeit, in dessen wird so lange ein idealer Zustand bleiben, als das heutige Wirtschaftssystem besteht.

Da es sich für die Kommission darum handelte, zu untersuchen, ob die Befürwortung von Arbeitervereinigungen nach dem Muster der englischen Trade Unions, das heißt also die Gewährung einer ausgedehnten Koalitionsfreiheit an die Arbeiter in Deutschland, angebracht sei, und diese Frage von ihrem Standpunkte aus selbstverständlich zu verneinen war, so mußte es die naturgemäße Aufgabe der Kommission sein, nachzuweisen, daß die Wirksamkeit der Trade Unions bisher eine ungünstige gewesen sei und in Zukunft, infolge später zu erörternder Umstände, noch ungünstiger sein werde. Ungünstig natürlich für die Herren der Industrie, die Kapitalisten; denn die Arbeiter kommen hierbei gar nicht in Frage. Diese Aufgabe war nun freilich eine recht schwierige und unglückliche. Man hatte bei ihrer Lösung nicht nur direkt entgegenstehende Zeugnisse englischer Fabrikanten und anderer Autoritäten zu beseitigen, sondern man mußte dabei überhaupt die thatsächlich bestehenden Verhältnisse geradezu in ihr Gegentheil verkehren. Daß daher die Ausführungen

der Kommission öfter mit der Wahrheit arg in Konflikt kamen, war im Interesse der guten Sache freilich unvermeidlich. Indessen, Paris vaut bien une messe.

Seite 38 des Berichtes sagt Dr. Deumer: „Auf unsere Frage, wie man mit den durch die Trade Unions geschaffenen Zuständen zufrieden sei, erhielten wir die verschiedensten Antworten. Auch ein so begeisterter Anhänger der Arbeitervereinigungen, wie es Mr. Hugh Bell (Fabrikant) in Middlesborough ist, mußte zugeben, daß eigentlich nur 5 pCt. der englischen Arbeitgeber die Einrichtung der Trade Unions aus Ueberzeugung hochschätzen, daß weitere 45 pCt. nur gezwungen dieser Bewegung nachgegeben haben, und daß die übrigen 50 pCt. noch heute besträbt sind, sich die Trade Unions möglichst vom Halse zu halten. Was die Anhänger dieser Arbeitervereinigungen betrifft, so weisen sie übereinstimmend darauf hin, daß der durch dieselben geschaffene Zustand den früheren Verhältnissen durchaus vorzuziehen sei. Der Kampf zwischen Arbeit und Kapital — so wurde uns gesagt — habe zu der Zeit, als die Organisationen unter den Arbeitern noch ganz fehlten oder noch nicht so fest gestaltet waren wie heute, zur Bethätigung der äußersten Feindseligkeiten besonders seitens der Arbeiter, zu den schwersten, häufig wiederkehrenden Streiks geführt, die auf beiden Seiten verheerend wirken mußten. Dieser höchst traurige Zustand — so wurde hinzugefügt — habe in der Hauptsache aufgehört, seitdem sich die Arbeitgeber gezwungen sahen, die Trade Unions bzw. deren Vertreter anzuerkennen und mit ihnen als einer gleichberechtigten Macht auf dem Fuße vollkommener Gleichberechtigung zu verhandeln. In vielen Fällen würden heute Streitigkeiten lediglich durch Vermittlung zwischen den beiden Sekretären, dem Sekretär der Arbeitgeber und dem Sekretär der Arbeiter, beigelegt; geschehe dies nicht, so sei die Appellation an einen Schiedsrichter durchweg von bestem Erfolg begleitet.“

Also selbst ein so begeisterter Anhänger der Trade Unions wie Mr. Hugh Bell mußte zugeben, daß nur 5 pCt. der englischen Arbeitgeber aufrichtige Freunde der Trade Unions sind, die übrigen 95 pCt. hingegen dieselben nur gezwungenermaßen als gleichberechtigt anerkennen. In der That, daß viele Fabrikanten, wie Herr Dr. Deumer sich charakteristisch ausdrückt, sich die Trade Unions „möglichst vom Halse zu halten bestrebt waren“, ist sehr begreiflich. Wann hätte sich die Kapitalistenklasse nicht gegen Arbeiterforderungen gesperrt, wann ihnen nicht anders als durch Zwang nachgegeben! Hätten die Arbeiter stets nur vom guten Willen der Arbeitgeber abgehängt, so befänden sie auch das wenige nicht, was sie sich erkämpft. Das Mißfallen der 95 pCt. will also nichts besagen, denn damit ist nicht das geringste gegen das Institut der Trade Unions bewiesen. Was die 5 pCt. für die Trade Unions geltend machten, scheint übrigens unwiderleglich zu sein, denn merkwürdiger Weise vergißt Herr Dr. Deumer anzuführen, was eigentlich die 95 Prozent gegen die Unions zu sagen hatten.

Dafür tritt nun die Kommission selbst in Aktion. Sie weist auf eigene Faust nach, daß die englischen Gewerkschaften eine verwerfliche Einrichtung sind.

Die einzige sich gegen die Gewerkschaften richtende Äußerung englischer Arbeitgeber, die der Herr Generalsekretär anzugeben im Stande ist, bezieht sich auf den Schiffsbau, speziell auf die Verhältnisse in den Schiffswerften von Glasgow und Newcastle-on-Tyne. Die dortigen Unternehmer dieser Branche beklagten sich nämlich über eine gewisse Terrorisirung seitens ihrer Arbeiter, welche sich zu einer äußerst strengen, gut organisierten Union zusammengeschlossen haben. Sie wiesen darauf hin, daß die Tradeunionisten im Schiffsbau den Unternehmern außerordentlich hohe Löhne — 15 bis 18 Schilling täglich — abgezwungen hätten, und daß sie die Woche hindurch nur 3 1/2 — 4 Tage zu arbeiten pflegten. Und warum dieses? Weil — man höre und staune — unter den Schiffsbau-Unternehmern keine Organisation besteht, die der Union der Arbeiter das Gegengewicht halten könnte. Inwiefern dieses Argument die Trade Union treffen soll, ist wirklich nicht abzusehen. Was geht

es die Trade Union an, ob eine Vereinigung der Unternehmer gleichfalls besteht oder nicht? Die Arbeiter spannen naturgemäß ihre Forderungen möglichst hoch, und daß sie dieselben in diesem Falle noch nicht zu hoch gespannt haben, beweist der Umstand, daß bisher die Schiffswerften dadurch keineswegs zu Grunde gegangen sind. Ist es ferner die Schuld der Arbeiter, daß unter ihren Arbeitgebern keine Gegenorganisation besteht? Oder ist es nicht vielmehr deren eigene Schuld, wenn ihr entgegengegesetztes Interesse, die Konkurrenz, sie nicht zu einer Verständigung kommen läßt, wie die Kapitalisten in anderen Zweigen der Industrie? Und diese ganze Geschichte wagt Herr Dr. Deumer als ernsthaftes Argument gegen die Trade Unions aufzutischen. Man weiß da in der That nicht, wo die Raivität aufhört und die Unver — frorenheit anfängt.

Wie Herr Bued aus den jetzt noch stattfindenden Streiks die Wirkungslosigkeit der Gewerkschaften zu deduzieren sucht, sehen wir schon. Dieser Herr scheint überhaupt dem allesbeweisenden Gneist den Ruhm freitig machen zu wollen. So leitet er aus den angeblichen Folgen des großen Londoner Dockarbeiterstreiks vom vergangenen Herbst die verderbliche Wirksamkeit der Unions ab. Dem ist erstens zu entgegnen, daß die verderblichen Folgen für den Londoner Handel, von denen Herr Bued spricht, thatsächlich gar nicht existieren, zweitens, daß beim Ausbruch des Streiks im August 1889 die Dockarbeiter-Union noch gar nicht begründet war, der Streik und seine etwaigen Folgen also derselben durchaus nicht in die Schuhe geschoben werden können, ausgenommen vielleicht von Herrn Bued, und drittens, daß man aus dem lehterwähnten Umstande gerade umgekehrt die Nützlichkeit und Nothwendigkeit der Unions folgern müßte, da durch die Existenz einer Organisation sämtlicher Londoner Docker der ganze Streik und seine nächsten Folgen, Hunger und Elend unter den Arbeitern und die bedeutenden Verluste für die Dodgegesellschaften, leicht hätten vermieden werden können. Die Behauptung, daß infolge der höheren Löhne der Dockerarbeiter und infolge des Streiks der Londoner Hafenhandel zurückgegangen sei, ist vollständig unbegründet. Alles was Herr Bued zum Beweis hierfür vorbringt, ist der an John Burns gerichtete Brief eines wüthenden deutschen Importeurs, welcher wegen der gestiegenen Verladungskosten dem Londoner Hafen seine schätzbare Rundschiffahrt zu entziehen droht. Und nachdem er dieses werthvolle Zeugniß produziert hat, bemerkt Herr Bued weisheitsvoll: „Es ist in diesem Schreiben also bestätigt, daß von den Arbeitern der Bogen zu straff gespannt ist, und daß durch das unbesonnene Vorgehen der Arbeiter dem Handel und der Schiffahrt Londons, somit den Interessen der Arbeiter selbst, außerordentlicher Schaden bereitet wird.“ Die tief sinnige Logik der Holzapfel und Schlehwein steht ungefähr auf derselben Höhe.

Auch die englische Kapitalistenpresse wurde es beim Ausbruch des Dockerstreiks nicht müde, tagtäglich jammernd zu prophezeien, daß der Londoner Handelsverkehr sich nach anderen englischen und nach kontinentalen Häfen ziehen werde. Diese „wohlgefinnte“ Presse ist mit ihrer Prophezeiung gründlich hereingefallen. Wenn Herr Bued nach seiner Rückkehr aus England die englischen Zeitungen noch etwas sorgfältiger verfolgt hätte, so würde er darin gesehen haben, daß nach dem Streike der Verkehr im Hafen von London lebhafter und stärker geworden ist als jemals vorher.

Uebrigens, wie dem auch sein mag, alles dies bildet in keinem Falle ein Präjudiz für die Beurtheilung der Trade Unions. Aber die Berwerthung solcher Dinge kennzeichnet zur Genüge die jesuitischen Mittel, mit denen die „Kommission“ für ihre Zwecke arbeitet.

Für diese sauberen Zwecke verwertete sie noch zwei weitere Vorfälle in einer Weise, die der Engländer unfair zu nennen pflegt. Es sind dies die Streiks in der Süd-Londoner Gasgesellschaft und in den Magim-Nordensfeldt-Works. In ihrem Urtheil über dieselben stützt sich die Kommission auf die bekannten Lügenhaftesten und denunziatorischen Artikel der „Times“, jenes edlen Blattes, welches die von dem verkommenen Journalisten Pigott gefälschten Barnellbriefe veröffentlicht hat.

In dem ersten Falle handelte es sich um folgendes. Die Gasgesellschaft hatte im Sommer 1889 ihren Arbeitern an Stelle des zwölfstündigen den achtstündigen Arbeitstag bewilligen müssen, nothgedrungen, denn die neugegründete Gasarbeiter-Gewerkschaft wuchs damals mächtig empor. Um sich nun aber vor weiteren Forderungen der Arbeiter sicher zu stellen und sich zugleich vor einem Streik zu schützen, hatte Herr Livesey, erster Direktor der Gesellschaft, sich folgenden pfliffigen Plan ausgedacht. Er schlug den Arbeitern ein Gewinnbetheiligungssystem vor, wonach jedem 1 Prozent von der Summe des von den Einzelnen verdienten Jahreslohnes für jeden Penny Verminderung der Produktionskosten — unter den Betrag von 2 Shilling 6 Pence für 1000 Kubikfuß — gewährt werden sollte. Die Arbeiter sollten dagegen mit der Gesellschaft einen jährlichen Kontrakt schließen und bei einem etwaigen Streike jeden Anspruch verlieren. Jene Verminderung der Produktionskosten war aber keineswegs verbürgt und war um so fragwürdiger, als die Kohlenpreise rapide stiegen und damit auch die Produktionskosten. Auf der anderen Seite aber wären die Arbeiter mit Haut und Haaren der Gesellschaft überliefert gewesen; jede Bewegungsfreiheit ihnen genommen und jede gemeinsame Aktion mit der Gasarbeiter-Union unmöglich gemacht. Da dies den Interessen wie dem Geiste des Trade Unionismus direkt zuwiderlief, so wurde natürlich der Streik beschlossen.

Herr Bued aber sucht die Sache nach der „Times“ so darzustellen, als wenn die Arbeiter, nur durch die Union

gezwungen — den Streik aufgenommen hätten, und als wenn der Streik überhaupt nur der Willkür einiger Arbeiterführer entsprungen sei, „welche von den Streitigkeiten leben, die von ihnen provoziert werden.“ Herr Bued schreibt einfach die gemeinen Denunziationen der „Times“ nach — wie wir annehmen wollen aus Kritiklosigkeit. (Leider unterlagen die Arbeiter in diesem Streik, da Herr Livesey schon vorher 80 000 Pfund, also 1 Million 600 000 Mark, bereit gehalten hatte, „to crush the union“, d. h. um die Gewerkschaft „zu zerschmettern.“)

Was die Magim-Nordensfeldt-Works anbetrifft, so hatten die dort beschäftigten Maschinenbauer die Abschaffung der Akkordarbeit und der Ueberarbeit verlangt, resp. Einführung der letzteren nur mit der Genehmigung der Amalgamated Society of Engineers. Es kam zum Streike. Herr Bued aber schreibt: „In den englischen Zeitungen ist zu lesen (1), daß die Trade Union mit diesen Forderungen nur beabsichtigt, eine Kraftprobe anzustellen; sie habe sich eins der besten, kapitalkräftigsten und leistungsfähigsten Werke in der Voraussetzung ausgesucht, daß wenn es ihr gelingen werde, hier den Sieg zu erringen, sie mit den anderen Werken leichtes Spiel haben würde.“

„In den englischen Zeitungen ist zu lesen“ — jawohl, und was Holzapfel — Bued schwarz auf weiß gedruckt sieht, das muß unbedingt wahr sein.

Damit ist die Verderblichkeit der Trade Unions siegreich nachgewiesen.

### Der Antheil der Arbeiter an der gesteigerten Produktion.

zy. Zu den grausamsten und unverschämtesten Dummereien, durch welche die Bourgeoisie das Bewußtsein des arbeitenden Volkes über seine Ausnutzung zu umnebeln sucht, zählt die bis zum Ueberdruß abgeleierte Phrase von dem ungeheuren Anschwellen des Nationalreichthums der kapitalistischen Länder.

Durch ein großes ökonomisches Taschenspielerkunststückchen wird aus dem Wachsen des Nationalreichthums heraus der gewachsene Wohlstand der Arbeiterklasse und damit die bestehende kapitalistische Ordnung als beste aller Ordnungen „bewiesen“. Das Verfahren der Herren Nationalökonomien der klassischen Schule erinnert stark an das jener „Professoren der Magie und Physik“, welche einem erstaunten armen Teufel plötzlich eine goldene Uhr aus der Tasche ziehen. Nachdem er den kostbaren Gegenstand einen Augenblick vor der Nase des Ueberraschten funkeln gelassen, heißt er diesen sich setzen und die Uhr einstecken; alsdann geht der Beschenkte ebenso arm nach Hause wie er gekommen. Genau in derselben Weise lassen die jüngsten Nationalökonomien die Höhe des Nationalreichthums vor den Augen der Arbeiterklasse ausleuchten, ratthen dann dem Volk sich zu setzen, d. h. Steuern zu zahlen und den Mund zu halten und wenn sich der Arbeiter in die Taschen greift, so findet er, daß dieselben trotz der Millionen des Nationalbesitzes verflucht leer sind.

Daß der sogenannte Nationalreichthum in nie dagewesenem Maßstabe gewachsen ist, davon kann sich jeder Arbeiter bei seinem Tagewerke überzeugen. Dank dem mechanischen Großbetrieb ist die Produktivität der Arbeit in manchen Fällen um das tausendfache gestiegen. Mittels der Maschine schafft der Arbeiter hundert, ja fünfhundert und tausend Mal mehr, als sein Vorgänger von vor hundert Jahren mit seinen unvollkommenen Arbeitsinstrumenten erzeugen konnte.

Aber wie sieht es mit der Vertheilung des durch die gesteigerte Produktivität der Arbeit so mächtig gewachsenen „Nationalreichthums“ aus? Die Kapitalisten und ihre national-ökonomischen Mameluken möchten dem Volk einreden, daß diese Steigerung den Arbeitern ebenso gut wie den Kapitalisten zugute komme. Sie verweisen zur Begründung ihrer Behauptung darauf, daß die Lebenshaltung der kapitalistisch produzierenden Nationen sich gehoben habe, daß der Arbeiter von heute eine Menge Bedürfnisse kenne und befriedige, welche dem Arbeiter früherer Jahrhunderte fremd waren oder deren Befriedigung ganz außer dem Bereiche seiner Möglichkeit lag.

Gewiß ist nicht zu leugnen, daß im allgemeinen der „standard of life“ der Nationen mit der fortschreitenden Entwicklung sich gehoben hat. Die Masse des Volkes lebt, wohnt und kleidet sich besser als in den vergangenen Jahrhunderten. Aber das wichtige und bestimmende Moment liegt hier nicht in der gestiegenen Lebenshaltung überhaupt, vielmehr darin, ob dieselbe in gleichem Verhältnis zu der fortschreitenden Kultur, zu der Gesamtsumme des vorhandenen gesellschaftlichen Reichthums erhöht worden ist.

Und diese Frage muß entschieden verneint werden. Die frühere niedere Lebenshaltung des Volkes wurde zum großen Theil und in erster Linie bestimmt durch die geringe Entfaltung der wirtschaftlichen Kräfte, durch die beschränkte Produktivität der Arbeit. Auch die besitzenden Klassen der früheren Zeit hatten eine bei weitem niedrigere Lebenshaltung als heutzutage. Der niedere „standard of life“ des Volkes unserer Zeit resultirt nicht mehr aus der Dürftigkeit der Produktivkräfte, sondern einzig und allein aus der ungerechten Vertheilung der ungeheuren gesellschaftlich erzeugten Reichthümer. Die Summe dessen, was die Gesellschaft dem Individuum früher für seine gesammte Entwicklung und Erhaltung bieten konnte, war im Vergleich zu dem, was sie heute in dieser Beziehung zu leisten imstande wäre, geradezu zwerghaft. Aber nur ein winziger Theil der Verbesserung kommt der Masse des Volkes zufluten. Die Lebenshaltung des Volkes, sein

Antheil an den vermehrten und entfaltenen Kulturmomenten ist nicht im Verhältnis zu den gemachten Fortschritten gestiegen. Die Kluft zwischen der Lebenshaltung der Besitzenden und Nichtbesitzenden ist mit Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse, bei Aufrechterhaltung der bestehenden Eigenthumsformen stetig breiter und tiefer geworden. Noch nie hat sie unüberbrückbarer gegähnt als heute.

Verschiedene Zahlen, die wir aus einer hochinteressanten vergleichenden Statistik Frankreichs von 1789 bis 1889 herausgreifen, lassen die Phrase von dem mit dem Nationalreichthum gewachsenen Wohlstand der Volksmassen in flagrantem Widerspruch mit der Wahrheit ertappen. Sie zeigen, wie die Bourgeoisie seit dem Antritt ihrer politischen Herrschaft verstanden hat, sich bei der Vertheilung der gesellschaftlich erzeugten Reichthümer den Löwenantheil zu sichern, aber bei Vertheilung der gesellschaftlichen Lasten der Masse des Volkes den Löwenantheil aufzubürden.

Die direkten Steuern betragen 1789 in Frankreich 363 Millionen. Dieselben waren bis zum Jahre der Jubiläumsfeier der großen Revolution nur auf 444 Millionen angewachsen. Die indirekten Steuern dagegen, die vor hundert Jahren 240 Millionen ausmachten, lieferten 1889 dem französischen Staat 1,843 Millionen. Die direkten Steuern sind also in hundert Jahren um 23 pCt., die indirekten dagegen in der geradezu wahnwitzigen Proportion von 667 pCt. gestiegen. Diese Zahlen reden wahrhaftig ganze Bände.

Die beweglichen Kapitalien Frankreichs wurden 1789 auf 200—300 Millionen geschätzt, 1889 dagegen sollen dieselben 70 000 bis 80 000 Millionen betragen haben. Galten wir bei den obigen Schätzungen die niedrigeren Summen fest, so ergibt sich, daß sich das bewegliche Kapital Frankreichs binnen hundert Jahren um das 350fache oder — genauer — um 34 900 pCt. vermehrt hat.

Das Bodeneinkommen ist von 1 400 Millionen (im Jahre 1791) auf 2 600 Millionen gestiegen, hat sich also fast verdoppelt oder ist fast um 100 pCt. gestiegen.

Das gesammte französische Nationaleinkommen betrug im Jahre des Ausbruchs der großen Revolution 3 bis 5 Milliarden, 1889 wird es im Minimum auf 30 bis 35 Milliarden abgeschätzt, hat sich also verzehnfacht, resp. verheinfacht oder ist im ersteren Falle um 900 im letzteren 600 pCt. gestiegen.

Mit pharisäerhaftem Stolge weisen die Mandarinen der Nationalökonomie darauf hin, daß seit 1789 die Löhne der Arbeiter fortwährend gestiegen seien und zwar die in der Industrie üblichen Lohnsätze um durchschnittlich 150 pCt. oder um das anderthalbfache. Das ganze liberalisirende Bürgerthum wirft sich bei dieser Thatsache in die Brust und deklamirt mit dem Hochgefühl sitlicher Befriedigung: „Das was mit überzeugender Gewalt aus all diesen Zahlen hervorgeht, ist die Konstatirung einer allgemeinen Verbesserung des Schicksals aller, einer Verbesserung, die sich, wie recht und billig war, zu Nutzen der Arbeiter — und der Bürgerklasse vollzogen hat, und welche alles in allem trotz des Anscheins eine größere soziale Gleichheit geschaffen hat, indem sie Wohlstand und Reichthum der Mehrzahl steigerte.“ In klipp und klaren Deutsch übersezt soll das heißen: Arbeiter, sei nicht so unverschämt, dich über soziale Ungleichheit zu beklagen; dein Lohn ist um ganze hundertfünfzig Prozent gestiegen, habe diese Zahlen vor Augen und im Herzen; lerne sie auswendig, wiederhole sie als Morgen- und Abendgebet, damit dir der Herr dein Gott — das Kapital — gnädig sei und dich der † † † der Sozialdemokratie nicht in Versuchung führe. Vor allem sei nicht so gottlos und naseweis, das Steigen der Arbeitslöhne um 150 pCt. mit dem Steigen der Entbehrungslöhne der Kapitalisten um 750 pCt. zu vergleichen.

In der That sieht es bei oberflächlicher Betrachtung sehr schön aus, dieses Steigen der Arbeitslöhne um 150 pCt. Aber wie armelig erscheint es gegenüber dem Wachsenthum des Nationalreichthums um 600, ja 900 pCt. Welche Illustrationen zu dem Festgelage des reichen Mannes, während sich der arme Lazarus mit Brotsamen begnügen muß, die von des Reichen Tische fallen! Die kapitalistischen Statistiker sind zwar nicht so unvorsichtig gewesen — man ist doch nicht umsonst wohlbestallter Professor, eventuell auch Mitglied des Verwaltungsrathes großer Aktien-Gesellschaften — den Vergleich zwischen dem Wachsen des Nationalreichthums und der Lohnsteigerung zu ziehen, allein sie waren unvorsichtig genug, durch ihre Angaben die statistischen Grundlagen zum Vergleich zu liefern. Und diese Vergleichung ergiebt in unzweideutiger Weise, daß das Kapital den Löwenantheil des riesig angeschwollenen Nationalreichthums davonträgt. Als „Unternehmergewinn“ Gefahrenrisiko und unter anderen erfundenen Trugtiteln erweist sich das Sparen auf Kosten anderer noch immer als das einträglichste aller Geschäfte.

Dieses Mißverhältnis zwischen dem Wachsenthum des Nationalreichthums und dem Steigen der Arbeitslöhne ist himmelschreiend, erklärt sich aber aus der Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse bei Festhaltung der Eigenthumsformen, die den Produktionsverhältnissen früherer Perioden entsprachen. Es resultirt aus dem Wesen des Lohnsystems selbst, daß der Preis der Waare Arbeitskraft, wie der jeder anderen Waare, sich nach den Herstellungskosten regelt. Dank den verbesserten Produktionsbedingungen werden die Herstellungskosten der Waare Arbeit, wie die jeder anderen, immer niedriger. Zwar werden sie durch den in einer Nation gewohnheitsgemäß üblichen „standard of life“ auf einem gewissen Niveau erhalten. Aber dieses ist weit davon entfernt, im gleichen Verhältnis mit der Gesamtsumme der gesellschaftlich vorhandenen Kultur

momente zu steigen. Ja im Gegentheil, das unbeschränkte Spiel der ökonomischen Kräfte arbeitet eher darauf hin, dieses Niveau womöglich herabzudrücken. Andererseits aber nimmt die Produktivität der Arbeit stetig und in immer ausgiebigerem Maße zu. Der Kapitalist bezahlt also mit dem üblichen Lohne einen immer kleineren Theil der geleisteten Arbeit und der Mehrwerth, den er einsteckt, wird immer beträchtlicher.

Die Kapitalisten aller Art haben also alles Interesse daran, die bestehende Ordnung als die beste aller Ordnungen zu preisen und durch die politische Gewalt dafür zu sorgen, daß sie möglichst verewigt werde. Aber ebenso liegt es auf der Hand, daß die Arbeiter alles Interesse daran haben, die bestehende Ordnung zu ändern. Eine Gesellschaftsordnung, welche einer kleinen Minderheit von Müßiggängern den bei weitem größten Antheil aller Ertragschaften der Kultur, der großen Masse aber, die alles schafft, nur einen winzigen Bruchtheil zuspricht — die ist von ökonomischem wie kulturellem Standpunkte aus verurtheilt und ihre Aenderung ist nur eine Frage der Zeit.

### Zur Arbeitsschutzgesetzgebung in Frankreich.

In den letzten Monaten hat das von der französischen Kammer der vergangenen Legislaturperiode im Laufe des Sommers 1888 angenommene Gesetz die Frauen- und Kinder-Arbeit betreffend den Senat passiert.

Natürlich nicht ohne dabei wesentliche Verschlechterungen zu erfahren. Der Senat ist bekanntlich das letzte und festeste Bollwerk der französischen Großbourgeoisie und kennt sich seiner Rolle gemäß mit der größten Entschiedenheit gegen jeden Versuch auch der schwächlichsten sozialen Reformen.

Das Gesetz, die Frauen- und Kinder-Arbeit betreffend, liegt gegenwärtig zum zweiten Mal der Kammer vor, um in der neuen, vom Senat herrührenden Fassung daselbst debattirt zu werden. Die mit Prüfung des Gesetzes und den einschlägigen Fragen beauftragte parlamentarische Kommission hat sich bereits gegen die Fassung des Senats erklärt und eine Enquete unter den in Werkstätten, Fabriken und Manufakturen beschäftigten Arbeiterinnen beschloffen, um ganz besonders deren Meinung über Abschaffung der Nachtarbeit einzuholen.

Die Enquete hat vor ca. vierzehn Tagen für einen Theil der Pariser Arbeiterinnen stattgefunden. Im voraus sei hier bemerkt, daß die Enquete in ziemlich schlechter Weise organisiert und ein bloßes Kompliment war, mit dem sich die Herren Kommissionsglieder nicht mit ihrem parlamentarischen Gewissen — denn dieses ist in der Regel dem Kapital verkauft — sondern lediglich mit ihren Wählern in spe abzufinden suchten. Die Enquete fand in der Mairie des 11. Arrondissements statt und erstreckte sich nur auf die Arbeiterinnen des 2., 9., 11. und 20. Arrondissements. Keine öffentliche Bekanntmachung hatte die Arbeiterinnen auf die bevorstehende Enquete aufmerksam gemacht. Von keinerlei Seite her, auch nicht von Seite der französischen Sozialisten oder Gewerkschaften, war versucht worden, die Arbeiterinnen über die Wichtigkeit der stattfindenden Untersuchung aufzuklären. Nur die Arbeitsinspektorinnen der genannten vier Arrondissements hatten Mittwoch den 26. Februar Auftrag erhalten, die interessirten Arbeiterinnen zu benachrichtigen. Die Zahl der Arbeitsinspektorinnen ist sehr gering, die Zahl der ihnen unterstellten gewerblichen Arrondissements dagegen sehr groß; der für die Bekanntmachung der Enquete gewählte Weg muß also als sehr unglücklich und ungeschickt bezeichnet werden.

Die Enquete selbst fand schon an dem darauf folgenden Freitag den 28. Februar statt, so daß im günstigsten Falle nur drei Tage für Verbreitung der Nachricht gewährt waren. Trotzdem sind gegen 400 Arbeiterinnen vor der Kommission erschienen, welche in 14 Gruppen 4000 Arbeiterinnen vertraten. Die Bourgeois-Blätter drücken ihr höchstes Erstaunen über diese Zahl aus und gestehen naiv ein, daß man „auf einen derartigen Andrang nicht vorbereitet gewesen.“

Der „Andrang“ und die Zahl der vertretenen Arbeiterinnen erscheint in Wirklichkeit winzig genug in Anbetracht der großen Anzahl Frauen, die gerade in den betreffenden Arrondissements in Fabriken und Werkstätten beschäftigt sind oder die für große Konfektions- oder Wäsche-geschäfte u. zu Hause arbeiten. Auffallend klein war die Zahl der in den großen Fabriken und Werkstätten des 11. Arrondissements beschäftigten Arbeiterinnen, welche vor der Kommission erschienen waren oder sich bei ihr vertreten ließen, denn das betreffende Arrondissement gehört zu den industriellsten Theilen der Stadt, wie überhaupt die übrigen drei Arrondissements der Sitz vieler Branchen sind, deren Arbeiterchaft sich ganz oder zu beträchtlichem Theil aus Frauen rekrutirt.

Die Mehrzahl der von der Enquete-Kommission vorüberföhrten Arbeiterinnen waren Schneiderinnen und Näherinnen, die im 2. und 9. Arrondissement arbeiten oder dorthin abliefern, aber meist weit davon entfernt wohnen. Außer Schneiderinnen und Näherinnen sind noch etliche Stickerinnen, Kartonnage- und Kranzmacherinnen vor der Kommission erschienen. Aus dem 11. Arrondissement waren nur wenige Kranzmacherinnen vertreten, obgleich daselbst in dieser Branche mindestens 3000 Arbeiterinnen entweder in Werkstätten oder zu Hause arbeiten.

Die Enquete fand erst am Abend statt und dauerte bis Mitternacht, so daß sich nach elf Uhr eine ansehnliche Gruppe von Arbeiterinnen unter Protest zurückzog, ohne

vernommen worden zu sein. Die den Arbeiterinnen vorgelegten Fragen lauteten:

1. In welcher Industrie oder mit welcher Arbeit sind Sie beschäftigt?
2. Um wieviel Uhr fängt Ihr Arbeitstag an und um wieviel Uhr endet er?
3. Rufen Sie des Nachts arbeiten?
4. In welcher Zeit des Jahres findet die Nachtarbeit statt?
5. Auf wieviel Tage pro Woche entfällt Nachtarbeit?
6. Bis zu welcher Stunde der Nacht dauert sie?
7. Hat die Nachtarbeit nicht späterhin eine Arbeitsstörung zur Folge?
8. Wie viel verdienen Sie pro Tag?
9. Wird die Nachtarbeit theurer oder nach demselben Lohnsatz wie die Tagesarbeit bezahlt?
10. Erwachsen Ihnen infolge der Nachtarbeit besondere Lebensausgaben?
11. Wohnen Sie weit von der Werkstätte? Kehren Sie im Falle der Nachtarbeit nach Hause zurück oder bleiben Sie in der Werkstätte?
12. Um wieviel Uhr fängt die Arbeit an dem Tage an, der auf Nachtarbeit folgt?
13. Wünschen Sie eine Abschaffung der Nachtarbeit?
14. Würde diese Abschaffung in betreff der Produktion Unannehmlichkeiten zur Folge haben?

Die Antworten auf die verschiedenen, gut zusammengestellte Fragen, sind bis zur Zeit noch nicht veröffentlicht worden. Nur die Aussage einer Werkführerin ist bis dato in die Presse übergegangen. Dieselbe konstatiert, daß die meisten Arbeiterinnen sehr weit entfernt von der Arbeitsstelle wohnen, zum Theil in den Vororten von Paris. Nachtarbeit bis Mitternacht wird nicht höher als die Tagesarbeit entlohnt. Die größere Einnahme bringt der Arbeiterin in der Regel keinen Nutzen, da dieselbe infolge des verlängerten Arbeitstages außer dem Hause speisen muß. Die 8000 Schneiderinnen des 2. und 9. Arrondissements seien einstimmig für eine Abschaffung der Nachtarbeit. Ueberhaupt haben sich alle 14 Gruppen von Arbeiterinnen, die vernommen worden sind mit großer Einstimmigkeit für die Abschaffung der Nachtarbeit erklärt.

Freitag, den 8. März wurde eine zweite Serie von Arbeiterinnen in der Mairie des 2. Arrondissements von der Kommission vernommen. Die Mehrzahl der erschienenen waren wieder Schneiderinnen, welche die Arbeiterchaft von 31 großen Konfektions- und Wäsche-geschäften repräsentirten. Die Kommission arbeitete auch diesmal wieder mit ungenügenden Kräften, so daß sich in der Nacht die Delegirten der Arbeiterchaft von 12 großen Häusern zurückziehen mußten, ohne vernommen zu sein. Nur 19 Delegationen waren gehört worden. Die vernommenen Delegirten verlangten hier auch einstimmig die Abschaffung der Nachtarbeit. Nur zwei bis drei Arbeiterinnen von Konfektions-geschäften in denen Trauerkleidung hergestellt wird, meinten, daß es in ihrer Branche schwer halten würde, die Nachtarbeit abzuschaffen.

Zu wünschen ist, daß die Ergebnisse der Enquete über die Nachtarbeit der Frauen nicht, wie es in Frankreich bisher mit allen derartigen pomphaft in Szene gesetzten Untersuchungen geschehen, in den Archiven der Kammer vergraben bleiben. Die weiteste Verbreitung der Thatsachen, die sie trotz ihrer mangelhaften Organisation zu Tage fördert, ist unerlässlich, unter den Arbeiterinnen selbst und bei der öffentlichen Meinung eine starke Bewegung zu gunsten der Abschaffung der Nachtarbeit zu schaffen.

Aber gerade darum ist dem Kapital daran gelegen, daß die Enquete selbst so viel als möglich verkrüppelt, und daß ihre Ergebnisse todgeschwiegen werden.

### Internationale Konferenzen und Kongresse

zur Regelung bestimmter Fragen, die von den Nationen in ihrer Vereinzelung nicht wirksam erledigt werden können, sind durchaus nicht so selten, wie es unsere vom Nationalitätsdünkel verblendeten Chauvinisten glauben machen wollen.

Der „Frankf. Ztg.“ entnehmen wir hierüber folgende Uebersicht. Es fanden internationale Konferenzen und Kongresse statt:

- 1572 in Rom für internationales Telegraphenwesen;
  - 1874 in Brüssel für die Kodifikation des Kriegsrechts;
  - 1875 in Bern für den Weltpostverein;
  - 1875 in Paris die sogenannte Meterkonferenz;
  - 1875 in Brüssel die Zuckerkonferenz;
  - 1879 in London für internationales Telegraphenwesen;
  - 1880 in Paris zur Regelung des internationalen Postverkehrs;
  - 1881 in Paris die internationale Münzkonferenz;
  - 1882 in Paris zur Bestimmung der elektrischen Einheiten;
  - 1883 in Berlin zum Schutze des literarischen und künstlerischen Eigentums;
  - 1884 in Paris zum Schutze des unterseeischen Kabels;
  - 1885 und 1886 in Bern zum Schutze des literarischen Eigentums;
  - 1886 in Bern für Tarification spiritueller Flüssigkeiten in den nördlichen Meeren;
  - 1887 in London die Zuckerkonferenz;
  - seit November 1889 in Brüssel die Antislavereikonferenz.
- An diese mehr wissenschaftlichen und wirthschaftlichen Konferenzen schließen sich die folgenden diplomatischen Kongresse und Konferenzen:
- 1873 in Konstantinopel für die Justizreform in Egypten;
  - 1876 in Konstantinopel zur Berathung der orientalischen Frage;
  - 1878 in Berlin zur Regelung der Ergebnisse des russisch-türkischen Krieges;
  - 1880 in Madrid zur Regelung der Konsularfrage in Marocco;
  - 1880 in Berlin zur Bestimmung der türkisch-griech. Grenzen;
  - 1881 in Konstantinopel zur Aenderung dieser Grenzen;
  - 1883 in London die Donaukonferenz;
  - 1884 und 1885 in Berlin die Afrikatkonferenz;
  - 1885 in Paris für die Freiheit des Suezkanals.

Aus der vorstehenden Liste geht hervor, daß die internationale Regelung des Arbeiterschutzes kein so uner-

hörtes Beginnen ist, wie manche zu glauben vorgeben. Man muß sich vielmehr fragen: Wenn man neben sehr wichtigen Dingen auch minder wichtige, so neben etlichen Landesgrenzen, Post- und Telegraphen-Einrichtungen, dem Kriegsrecht u. s. w. auch das literarische und künstlerische Eigentum, die Kabel, die Tarife u. s. w. mit internationalem Schutze bedacht hat, warum soll man nicht auch den Arbeiterschutz international regeln können oder wenigstens zu regeln versuchen?

### Der Regierungskongress zum Arbeiterschutz

soll nun doch am 15. März in Berlin beginnen.

Die schweizer Arbeiter sind über die Wahl der Delegirten ihres Landes nicht besonders erbaut. Gegen die Wahl des Landamann Blumer aus Glarus ist am Ende nichts einzuwenden. Er ist ein Großindustrieller, der in den einschlägigen Fragen bewandert ist und auch die Fabrikgesetzgebung (der Kanton Glarus besaß ein Fabrikgesetz schon vor der Eidgenossenschaft) kennt, auch Zoll- und Handelsfragen sind ihm geläufig, da er, soviel bekannt, bei verschiedenen Handelsvertragsunterhandlungen als Delegirter des Bundesrathes mitgewirkt hat. Als zweiter Delegirter des Bundesrathes ist Dr. Kaufmann bezeichnet worden, Sekretär des Handelsdepartements, von dem nichts bekannt ist, als daß er Doctor philosophiae (soviel wir wissen, Chemiker) ist. — Es hat uns verwundert, schreibt der „Schweiz. Sozialdem.“, daß der Bundesrath nicht aus der Zahl derjenigen Männer, die seit Jahren in der Schweiz auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes thätig waren, einen ihm genehmen herausfinden konnte. Wir wollen da nur drei Namen nennen von Männern, von denen jeder genügende Erfahrung, hervorragende Bildung besessen hätte, Männer, die durchaus nicht im sozialdemokratischen Lager stehen, die es aber mit dem Arbeiterschutz wirklich Ernst nehmen: Fürsprech Scherrer in St. Gallen, Centralpräsident des Grütlivereins, Nationalrath Curti in Zürich und Nationalrath Decurtins in Trams. — Es ist uns nicht unbekannt, daß der letztere seiner Zeit im Auftrage des Bundesrathes ein Gutachten über die internationale Fabrikgesetzgebung abgefaßt hat. Es wäre gewiß für die Sache und für eine erfolgreiche Vertretung der Schweiz nicht vom Uebel gewesen, wenn der Bundesrath aus diesem Trifolium einen erkoren hätte. So werden auch von Seite der schweizerischen Delegation die Arbeiterinteressen keine Vertretung haben, obgleich man gerade von dieser Seite eine etwas vorurtheilslosere Behandlung der Sache hätte erwarten können.

Zu der Berliner Konferenz wird Frankreich fünf Vertreter senden. Der bekannteste derselben wird Jules Simon sein, der Akademiker, Senator, Freund und Biograph von Thiers, ehemaliger Minister und Premier. Er ist nach der „Frankf. Ztg.“ zwar „arbeiterfreundlich“, aber er gehört zu jener Schule, welche alle Besserung nur von der „Freiheit“ erwartet und hinter jedem Eingreifen des Staates zu gunsten der Armen und Schwachen gleich den Staatssozialismus wittert und bekämpft. Er hat sich gegen einen Mitarbeiter des „Echo de Paris“ wie folgt ausgedrückt: „Die Konferenz darf keinen politischen, sondern nur einen theoretischen Charakter haben. Ein praktisches Resultat wird im allgemeinen nicht daraus hervorgehen. Vor Allem besorgen, weil wir Feinde des Staatssozialismus sind, während der deutsche Kaiser alle seine Bemühungen auf diesen richtet. Andern Ländern geht es gerade so wie uns. Die anderen Delegirten sind Professor Burdeau, Deputirter von Lyon, ein Sozialpolitiker, der außerdem der deutschen Sprache vollkommen mächtig ist, und Frankreich wiederholt in Deutschland vertreten hat, dann der Bergwerks-Ingenieur Aguilon und der Senator Tolain, Legation war in seiner Jugend Ciseleur und hat vielfach als Vertreter der Arbeiter im Senat gegolten; außerdem sucht die Regierung noch nach einem wirklichen Arbeiter, den sie auch bereits gefunden haben soll.“

Der holländische Gesandte in Berlin, sowie zwei Professoren der Nationalökonomie werden Holland auf der Konferenz vertreten.

Die belgische Regierung hat den Baron Greindl, den Deputirten Jacobs, den Grubendirektor Harze und Baron Arnolbt t'Kint de Koodenbecke zu Vertretern auf der Konferenz ernannt.

Die dänische Regierung hat zu Vertretern den Bankdirektor Geh. Etatsrath Lietgen, den Fabrikinspektor Dr. Topföe und den Direktor der „Neuen dänischen Brandversicherung“ L. Bramsen ernannt. Lietgen, der größte Geschäftsmann des Landes, steht neben verschiedenen Geldinstituten, der großen Telegraphen- und der Dampfschiff-fahrts-gesellschaft auch der großen Zuckfabrik auf Lolland vor. Topföe war früher Redakteur, Bramsen ist fast gar nicht bekannt.

Der Berliner Arbeiterschutz-Konferenz wird der Generalrath der belgischen Sozialdemokraten hinsichtlich der Arbeit in den Bergwerken folgende Forderungen unterbreiten lassen: Verbot der Beschäftigung von Knaben unter 14 Jahren; Knaben von 14 Jahren und darüber sollen nur dann zugelassen werden, wenn Ärzte sie als kräftig genug anerkennen; unbedingtes Verbot der Beschäftigung von Mädchen und Weibern in den unterirdischen Arbeiten; achtstündige Schichtzeit für alle Bergleute.

1) Die Kranzmacherinnen fertigen die in Frankreich als Grab-schmuck üblichen Kränze aus Perlen an.

## Presäußerungen zum Arbeiterschutz.

Der christlich-soziale „Reichsbote“, dessen Partei vor den Wahlen bekanntlich durch einen großen Staatsmann kalt gestellt wurde, revanchiert sich jetzt durch einige Ausfälle gegen die „Diplomaten“. „Es ist auffällig — heißt es da — wie alle Blätter, die im Dienste der Diplomatie stehen, sich öffnen und verstedt, sein und groß gegen die große Initiative des Kaisers lehren. Es ist, als wären alle Perrücken in Aufregung gerathen. Aus diesem Gefühl der Ueberflüssigkeit und der Vorliebe für den Großkapitalismus erklären sich wohl vornehmlich die verdrücklichen Äußerungen, die überall in der ministeriellen Presse gegen das soziale Unternehmen des Kaisers wiederhallen.“

## Arbeitsgesetzgebung (Arbeiterschutz, Arbeiterversicherung u. s. w.).

**Unfallversicherung in Deutschland.** Die im Jahre 1889 veranschlagten Entschädigungen (Renten u. s. w.) betragen nach einer vorläufigen Ermittlung 14 216 422 Mark, gegen 9 681 447 Mark im Jahre 1888, 5 932 930 Mark im Jahre 1887 und 1 915 366 Mark im Jahre 1886.

In dem vom Reichs-Versicherungsamte erstatteten Geschäftsbericht wird dargelegt, daß das in den vorstehenden Zahlen zu Tage tretende Steigen der Unfallschäden in richtigem Verhältnis zu den feinerzeit regierungsfest veröffentlichten Voraberechnungen steht.

**Entwurf eines Arbeiter-Schutzgesetzes in Norwegen.** In Norwegen sind gegenwärtig Maßnahmen zum Schutze der arbeitenden Klasse in Vorbereitung begriffen und ein dahingehender Gesetzesentwurf wurde in den letzten Tagen dem norwegischen Parlament von Seiten der Regierung vorgelegt.

Die Bestimmungen desselben erstrecken sich auf sämtliche „Fabriken“ mit Ausschluß der „Werstätten“ und beziehen sich auf die folgenden Fragen:

1. Sicherheitsliche und sanitäre Maßnahmen u.;
2. Regelung des Arbeitskontraktes zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer;
3. Kontrollbestimmungen;
4. Strafsätze u.

Hinsichtlich der Kinderarbeit wird bestimmt, daß nur solche Kinder, welche das zwölfte Jahr zurückgelegt haben zur Arbeit verwendet werden dürfen.

Kinder von 12 bis 14 Jahren bedürfen eines ärztlichen Attestes über ihre körperliche Befähigung zur Verrichtung der betreffenden Arbeit. Die Arbeitszeit der Kinder in diesem Alter darf 6 1/2 Stunden per Tag nicht überschreiten. Nach Ablauf von 4 1/2 Stunden nach Beginn der Arbeit sollen sie 1/2 Stunde ruhen.

Kinder dürfen weder zur Nacharbeit noch in Bergwerken oder irgend welcher anderen gefährlichen Beschäftigung herangezogen werden; ebenso soll deren Arbeit nicht während in den Schulbesuch eingreifen.

Jugendliche Hilfsarbeiter im Alter von 14 bis 18 Jahren dürfen nicht länger als 10 Stunden per Tag arbeiten und nicht während der Zeit von 9 Uhr abends bis 6 Uhr morgens.

Eine königliche Kommission, welche in Kanada kürzlich zur Untersuchung der Arbeiterfrage eingesetzt wurde, macht in ihrem Bericht folgende Vorschläge:

- Ein gleichmäßiges, die ganze Industrie umfassendes Gesetz über die Haftpflicht der Arbeitgeber.
- Strenges Verbot des Verkaufs aller geistigen Getränke innerhalb eines gewissen Umkreises der Bergwerke, Abschaffung des „Trud“-Systems.
- Förderung der gewerblichen Erziehung in den öffentlichen und Gewerkschulen.
- Gründung eines kanadischen Arbeiteramtes unter Leitung eines Ministers.
- Neunstündiger Arbeitstag, ein jährlicher Feiertag für alle Arbeiter.
- Lokale und freiwillige Schiedsgerichte und dauernden Schiedsamt zur Begleichung von Arbeitsstreitigkeiten.
- Verbot aller unnötigen, wenn nicht aller Sonntags-Arbeit.
- Bierzehntägige Auszahlung der Löhne in allen Industrien.

## Presstimmen und Nachklänge zu den Reichstagswahlen.

Als Aufgabe der freisinnigen Partei im Reichstagswahlkampf stellte der Abg. Barth in der „Nation“ folgendes hin:

Nichts würde in dieser Lage verhängnisvoller sein, als in der Hoffnung, es allen recht machen zu können, einen möglichst verdünnten Liberalismus dem Volke kredenzen zu wollen. Das wäre das beste Mittel, um der Sozialdemokratie immer neue Schaaren zuzuführen. Im Gegentheil, will man dem Abbrüchelungsprozess nach der Seite der Sozialdemokratie hin Einhalt thun und bereits verlorene Volkstheile wiedergewinnen, so kann das nur durch eine weitherzige und sehr entschiedene liberale Politik geschehen.

Der Wahlerfolg der Freisinnigen ist zur Hauptsache hervorgegangen aus der nachdrücklichen Bekämpfung des Sozialistengesetzes und des Bestehens der notwendigen Lebensmittel. Diesen Kampf kann die freisinnige Partei im Reichstagswahlkampf mit erheblichem Nachdruck führen. Sollte sie in diesem Kampfe erlahmen, so würde ihre Niederlage bei den nächsten Wahlen größer werden, als ihr diesmaliger Wahlerfolg.

Günstigerweise ist auch nicht der geringste (?) Anlaß für die Annahme vorhanden, daß über diesen Punkt innerhalb der Partei Meinungsverschiedenheiten entstehen werden.

Schwieriger liegt die Frage, wie man sich der sozialpolitischen Bewegung gegenüberstellen will. Die Zeit der generellen Sympathieerklärungen ist vorbei, und jede Partei wird Farbe bekennen müssen. Was das Gebiet des eigentlichen Arbeiterschutzes anlangt, so ist die freisinnige Partei grundsätzlich nicht behindert, allen (?) in das Gebiet der sozialen Hygiene fallenden gesetzlichen Maßnahmen zuzustimmen. Anders liegt die Sache, sobald man an gesetzliche Maßnahmen kommt, die auf eine staatliche Lohnregulierung (?) abzielen. Die sozialistische Bewegung zur Herbeiführung eines generellen Maximalarbeitsgesetzes von 8 Stunden hat bewußtermaßen dies letztere Ziel im Auge (?). Hier wird die Expansionsfähigkeit des freisinnigen Programms ihre Grenze erreichen, jenseits welcher voraussichtlich ein heftiger Kampf mit dem Sozialismus entbrennen wird.

Die „Kreuzzeitg.“ bringt in einem Eingekleideten einen erbitterten Ausfall gegen das allgemeine Wahlrecht. Es heißt da u. a.:

Die soeben beendete Reichstagswahl hat mit wüthen Haufschlägen von neuem die Thatsache gekräftigt, daß ein gleiches Wahlrecht für alle, Gebildete und Ungebildete, Besizende und Besitzlose, Steuerzahler und Steuerfreie, zu den unsinnigsten Ergebnissen führt.

Wenn aber ein Gesetz in seiner Ausführung die Lüge zeitigt, so kann es nicht weiter bestehen. Es fragt sich hier nicht: „Hat eine Regierung das Recht, ein solches Gesetz aufzuheben?“ sondern vielmehr: „Kann sie es verantworten, es weiter bestehen zu lassen?“ Unsere von 1866 bestehende deutsche Bundesverfassung war ebenfalls ein Gesetz, fester gegründet als das jetzige, von den Bundesfürsten nicht einmal beschworene, sondern dem Volk freiwillig dargebotene Reichstagswahlgesetz, und doch sind Mittel und Wege gefunden worden, es zum Segen unseres deutschen Vaterlandes zu beseitigen. Wenn nicht ein gleiches bei uns mit dem geheimen und direkten Wahlrecht geschieht, so kann Deutschland leicht, nachdem es sich laum gegenüber den äußeren Feinden gefestigt hat, am inneren Feinde zu Grunde gehen. Durch längeres Abwarten kann die Gefahr nur wachsen.

Darf der Staat es ruhig mit ansehen, wenn unter internationaler Parole fremde (?) vaterlandslose und anarchistische (?) Anführer im Lande umherreisen, um in Versammlungen gegen Einziehung von Geldbeiträgen den Haß gegen Staat, Kirche, Recht und Besitz zu predigen?

Wenn heute ein armer Quacksalber oder Krämer herumreist und durch Anpreisung von Geheimmitteln oder Baaren die thörichte Menge zu verführen sucht, so wird er wegen Betruges oder groben Unfugs bestraft. Wenn aber ein sozialistischer Wähler kommt, der mit seinen Vorgespielungen das Volk um seine heiligsten Güter wie Gottesfurcht, Herrschertreue, Nächstenliebe und Zufriedenheit zu bringen sucht und Reid und Habguth aufstacheln, der geht strafflos aus, weil das Vereinsrecht ihn schützt!

Noch bestehen neben dem Reichstags herrschertreue Landesvertretungen, deren Pflicht es ist, die weitere Vergiftung unseres Volkes zu verhindern.

## Verschiedenes.

Auf dem am 20. Mai d. J. in Jolimont in Belgien stattfindenden internationalen Bergarbeiterkongresse werden die Bergleute Deutschlands, Oesterreichs, Englands, Schottlands und Wales, Frankreichs und Belgiens vertreten sein.

**Polizei-Direktor Krüger.** Vor einiger Zeit machte eine Berliner Korrespondenz aus angeblich guter Quelle die Mitteilung, der Polizeidirektor Krüger werde von seinem Urlaub nicht mehr auf seinen Posten zurückkehren, sondern in den Ruhestand treten. Jetzt schreiben die „Berliner Pol. Nachr.“:

Polizeidirektor Krüger, welcher bekanntlich kaiserlicher Beamter und Hilfsarbeiter im auswärtigen Amte ist, hat nach längerem Urlaube am 1. März seine amtliche Thätigkeit wieder übernommen und ist dieser Tage vom Kaiser

zum Geheimen Regierungsrathe ernannt worden. Damit sind die neulich verbreiteten Nachrichten über den Rücktritt dieses hochverdienten Beamten widerlegt, wie dieselben ja von vornherein schon sich als unwahr kennzeichneten. Ob Herr Krüger ein „hoch verdienter“ Beamter ist, wird trotz seiner Ernennung zum Geheimen Regierungsrath — auch Herr Stieber hatte diesen Titel — streitig bleiben.

**Königsberg i. Pr., 8. März.** Der sozialistische Abgeordnete Schulze ist wegen Verbreitung einer „den öffentlichen Frieden gefährdenden“ Flugchrift zu einem Monat Gefängniß verurtheilt worden.

## Gewerkschaftliches, Vereine.

**Fachverein der in Buchbindereien beschäftigten Arbeiter.** Montag, den 17. März, Abends 9 Uhr, Annenstraße 16: Vereinsversammlung.

**Freireligiöse Gemeinde.** Rosenthalerstr. 38, Sonntag, den 16. März, Vormittag 10 Uhr. Vortrag des Herrn E. Vogtherr, über: „Das gefallene Jerusalem.“ Gäste sehr willkommen. Montag, den 17. Abends 8 1/2 Uhr beschließende Gemeindeversammlung. Tagesordnung: Verbesserung der Prinzipien.

Der unentgeltliche Arbeitsnachweis für Klavierarbeiter befindet sich von jetzt ab Raumnstraße Nr. 78 bei Winger. Die Adressenausgabe findet jeden Abend von 8—9 1/2 Uhr und Sonntags Vormittags von 10—11 1/2 Uhr, sowohl an Mitglieder wie an Nichtmitglieder unentgeltlich statt.

Sozialdemokratischer Vorklub „Lessing“. Jeden Montag im Lokale d. Herrn Spielermann, Markussstr. 6, Vereins-Versammlung. Vorlesung und Diskussion. Gäste willkommen.

## Literarisches.

„Deutsche Blätter“, Postlich-literarische Monatshefte, herausgegeben von Hans R. Kraus. Gegr. Wien IV.: Moneta. Leipzig: Jander's Buchhandlung. Viertes Jahrgang. Bezugspreis: Halbjährlich 1 fl. 60 kr. gleich 3 Mark 50 Pf. gleich 5 Fred. In-erac 10 kr. gleich 20 Pf.

## Briefkasten.

**Leser.** Die Kreuzbandabonnenten machen uns eine ganz andere Arbeit wie die Postabonnenten: die Vistenführung ist bei dem häufigen Wohnungswechsel unserer Leser ziemlich umständlich, und das Adressenschreiben und Verpacken nimmt Woche für Woche eine Menge Zeit in Anspruch. Sie können ungefähr schätzen, was das z. B. bei 500 Kreuzbändern ausmacht; bei 500 Postzeitungen haben wir nichts weiter zu thun, als jede Woche 500 Exemplare abzuhäufen. Die ganze Vistenführung, die Verteilung nach den einzelnen Städten und dort wieder an die einzelnen Abonnenten übernimmt vollständig die Post. Wir wissen hier gar nicht einmal, wieviel Exemplare nach Königsberg, nach Freiburg oder sonstwohin gehen, geschweige denn, wer unser Blatt dort am Schalter abholt oder sich ins Haus bringen läßt. Danach können Sie die enorme Arbeitsverparung für uns ersehen, wenn überall an Stelle des Kreuzbandbezuges das Postabonnement tritt, und da wir auf eine Entlastung der Expedition halten müssen, so werden wir vom 1. April ab alle Kreuzbandlieferungen einstellen, wo sie nicht aus besonderen Gründen ausdrücklich gewünscht werden.

**Kolporteur.** Sie adressierten Bestimmung mit darauf geschriebener Bestellung an Herrn Schappel. Dieser war fortwährend unterwegs, jedoch ihn nach 3 Wochen Ihre „dringende“ Bestellung glücklich erreichte. Wie oft sollen wir denn wiederholen, daß Herr Sch. mit Expedition, mit Bestellungen und Bezahlungen gar nichts zu thun hat und daß alle Bestellungen und Zahlungen an die „Expedition der Volks-Tribüne“ zu adressieren sind.

**Leser.** Wir haben die Abrechnung erst erhalten, als sie in anderen Blättern bereits vorkam. Freitag früh können wir nur noch kurze Anzeigen in das Blatt aufnehmen, da wir schon Freitag Mittag die Pakete für die Post fertig stellen müssen. Unsere Kolporteurs in der Provinz und in den anderen Staaten müssen das Blatt am Sonnabend bereits in den Händen haben.

**H. R. Bremen.** Aug. Bartels, Humboldtstr. 87, Steinfatt, Lehnstedterstr. 119.

**Leipzig-Connewitz.** — 60 Pf. in Briefmarken eingegangen ohne jede Zeile dabei. Von wem? Wofür?

**Mannheim.** In nächster Nummer — Gruß.

**Nicholsstadt.** Wir wähten nicht Zusammenfassendes zu empfehlen, das nicht verboten wäre.

**Audwärtiger Abonnent.** Alle unsere Kolporteurs können sehr gut zum Preise von 50 Pf. pro Monat liefern, da unsere Bedingungen für sie sehr günstige sind.

**Eine Uebersicht aller Reichstagswahlkreise u. ihrer Abgeordneten bringen wir in nächster Nummer als Beilage.**

## Verein zur Regelung der gewerblichen Verhältnisse der Töpfer Berlins.

Montag, den 17. März, abends präc. 7 1/2 Uhr, Mühlstraße 11.

### Mitglieder-Versammlung

- Tages-Ordnung:
1. Bereinigen die Bestimmungen des Vereins dem Einzelnen oder der Gesamtheit zum Nutzen?
  2. Neuwahl der Arbeitsvermittler.
  3. Verschiedene Vereinsangelegenheiten.
- Neue Mitglieder werden angenommen. Die Mitglieder werden an ihre Pflicht erinnert.
- Der Vorstand.

## Zentral-Frankenhaus d. Töpfer.

Dienstag, den 18. März, abends 8 Uhr im Königsstadt-Kasino, Holzmarktstr. 72.

### Mitglieder-Versammlung.

- Tagesordnung:
1. Die dritte ordentliche Generalversammlung im April d. J. in Halle a. S. und etwaige an dieselbe zu stellende Anträge.
  2. Wahl der Abgeordneten zur Generalversammlung gemäß § 18 des Statuts.
  3. Verschiedene Kassengeschäfte.
- Carl Habang, Bevollmächtigter.

Allen Freunden und Genossen empfehle mein **Weiß- u. Bairisch-Bier-Lokal.** 2 Vereinszimmer stehen zur Verfügung. **Herrmann Wutke, Friedrichsbergerstr. 20, pt.**

## Grosse öffentl. Versammlung

der Schlosser und Maschinenbauarbeiter Berlins.

Sonntag, den 10. März, vormittags 10 Uhr. (Näheres siehe „Volkswacht“.) Tages-Ordnung: 1. Die Einführung der neunstündigen Arbeitszeit, 45 Pf. Minimallohn, Referent: Aug. Schürdel. — 2. Diskussion. — 3. Verschiedenes. Der Einberufer.

### Große öffentliche Versammlung

sämtlicher Schrauben-Facendreh- und Berufsgenossen Berlins. Donnerstag, den 20. März, abends 8 Uhr, in Dejmüller's Salon, Alte Jakobstraße 48a.

Tages-Ordnung: 1. Wie stellen sich unsere diesjährigen Forderungen? — 2. Diskussion. — 3. Verschiedenes.

Um zahlreich erscheinen ersucht Ueber folgende Verhältnisse ist noch die Sperre verhängt, und bitten den Zugang nach denselben fernzuhalten: 1. Heinader & Herr, Alexanderstr. 26a. 2. Dähne & Comp., Reichenbergerstr. 45. 3. Bartels & Hofbauer, Köpcke'str. 33. 4. Reubaus & Comp., Ludenwalde.

Bei Bedarf an Herren- u. Damen-Schirmen, von den einfachsten bis zu den elegantesten, halte ich mich den Genossen bestens empfohlen. **Frau David, Berlin, Lübbenerstr. 25**

Empfehle den Genossen meine zum **Minimal-Lohn** der Berliner Tabakarbeiter verfertigten Cigarren. **Wilh. Boerner, Ritterstr. 108, d. 2. Haus v. d. Prinzenstr.**

## Fachverein der Leder-Arbeiter.

Mittwoch, den 18. März, abends präc. 9 Uhr im Etablissement Buggenhagen, Rohlplatz.

## Grosse öffentliche Versammlung

Tagesordnung: Wie verhalten sich die Fabrikanten unseren Lohnforderungen gegenüber in diesem Jahre? Referent Herr Robert Schmidt. Sämtliche hiesigen Fabrikanten sind zu dieser Versammlung eingeladen. Es ist Pflicht aller Kollegen, Werkstuden- sowie Hausarbeiter in dieser Versammlung zu erscheinen. Der Einberufer.

## Vereinigung der Maler Berlins und der Umgegend.

(Filiale 2, West und Süd-West.)

Dienstag, den 18. März, abends 8 Uhr, im Restaurant Königsplatz, Bülowstr. 37.

### Mitglieder-Versammlung

- Tagesordnung:
1. Unser Arbeitsnachweis.
  2. Diskussion.
  3. Wahl eines Zentral-Streikprüfungs-Kommissionsmitgliedes.
  4. Verschiedenes und Fragelasten.
- Der Wichtigkeit der Tagesordnung wegen ist zahlreiches Erscheinen bringen notwendig, auch werden die Protokolle von der Generalversammlung (von Bremen) ausgegeben.
- Die Bevollmächtigten.

## Feil.

Von Bruno Wille.  
(Schluß.)

Inzwischen ist die alte Dichterin auf eine belebte Straße gerathen. Sie fühlt sich unsicher in dem rauschenden Treiben; das Menschengewühl, die trabenden Pferde und rasselnden Wagen verwirren und beängstigen sie. Das Geräusch der Pferdehufe pocht an ihren Kopf, daß sie Kopfschmerzen bekommt.

Wie bin ich doch nervös! ich habe mich überarbeitet, zu wenig geschlafen. Wenn nur nichts in meinem Kopfe pläht. Ich muß mich entschieden mehr schonen. . . . Ob ich mit der Pferdebahn fahre? Ach, ich bin zu unbeholfen! Der Kutscher wird meinetwegen nicht anhalten. Auch kostet das Geld, und ich muß das Geld zusammenhalten. . . .

Und die kleine, sonderbare Gestalt im dunkeln Mäntelchen, mit der gelben Feder auf dem schwarzen Hut, hastet weiter durch das Gewühl der Straße. . . .

Endlich sieht sie den Buchladen des Verlegers.

Wird er das Manuskript auch annehmen? Er war in der letzten Zeit so zurückhaltend. Wird er das Honorar auch gleich zahlen?

Die Dichterin tritt in das Haus, steigt die Treppe empor, nach Athem ringend, und klopft zaghaft an die Thür des Sprechzimmers.

Der Verleger blickt ihr entgegen, als lege er auf ihren Besuch kein Gewicht. Er befindet sich in Gesellschaft zweier Herren. Jener stattliche Herr mit dem langen Vollbart und den würdevollen Augenbrauen ist ein bedeutender Kritiker. Der andere Herr ist jung. . . . trägt Künsterhaar. . . . vielleicht ein literarischer Anfänger!

Der Verleger setzt die Unterhaltung mit den Herren unbekümmert fort. Doch der große Kritiker hat sich erhoben und blickt steif auf den Besuch.

Der Verleger erinnert sich, daß dem Kritiker Formlosigkeit überaus zuwider ist, und stellt die Herren vor. Auf die Dichterin weist er mit den Worten: „Mitarbeiterin an meiner Volksbibliothek, Verfasserin der „schönen Sündenlerin“. . . . Der Titel ist übrigens von mir.“

Der Kritiker blickt würdevoll. Der junge Mann betrachtet die alte Frau mit versteckter Belustigung.

Der Verleger wendet sich zur Dichterin: „Nun? Bringen Sie Manuskript? Lassen Sie sehen. . . .“ Damit nimmt er die Papiere, durchblättert sie und überfliegt die ersten Zeilen.

Der junge Mann blickt die Dichterin lauernd an und meint: „Die Volksbibliothek ist wohl stark verbreitet. . . . da draußen. . . nicht?“

„Ich glaube,“ antwortet die Dichterin trocken.

Der junge Mann flüstert dem Kritiker zu: „Unsere Gedichte liest man nicht. . . . die „schöne Sündenlerin“ liest man.“ Der Kritiker zieht die Augenbrauen in die Höhe.

Der Verleger wendet sich zur Dichterin: „Die Ueberschrift des Artikels taugt nichts. „Ein Besuch“? Viel zu trocken! Wovon ist denn die Rede? Doch von der Affäre mit der Gräfin? — Sagen wir also lieber „Im Boudoir der Gräfin“. Das ist gleich spannender.“ Hiermit ändert er den Titel mit Bleistift. „Gut!“ . . . Haben Sie sonst noch? . . .“

Die Dichterin entgegnet leise und verlegen: „Dürfte ich vielleicht das Honorar. . . .“

„Lassen Sie sich vom Kassirer für fünf Spalten geben. . . . Uebrigens, früher haben Sie pikanter geschrieben. . . . Sie werden sich doch nicht ausgeschrieben haben? . . . Was wollen Sie eigentlich in's nächste Kapitel bringen?“

Die Dichterin blickte ängstlich.

„Genau weiß ich das noch nicht. Ich dachte. . . . die Kirchhofszene mit den Leichenräubern! Oder meinen Sie lieber die Orgie der jeunesse dorée? — Wie Sie wünschen.“

„Wo haben Sie denn die Liste?“ Der Verleger geht an seinen Schrank und sucht zwischen Papieren.

Spöttlich lächelnd nähert sich der literarische Anfänger der Dichterin, welche den Verleger mit unruhigen Blicken beobachtet. „Sie wissen noch nicht, wie Sie Ihren Roman fortsetzen sollen?“

„Ich weiß ja nicht“, erwiderte die alte Frau zerkürrt, „was Herr Ranke wünscht.“

Der junge Mann wendet sich auf den Absatz um und raunt dem Kritiker hämisch zu: „Sie schreibt auf Bestellung!“

Die schwarzen Augen der Dichterin stechen nach dem Spötter. Sie möchte ihm entgegen, daß sie für ihre Tochter, für ihr Kind arbeite; sie möchte es sagen; aber die Worte bleiben in der Kehle stecken.

Um das Lachen zu verhalten, kneist der junge Schriftsteller die Lippen zusammen, so daß er ganz roth im Gesicht wird. Der Kritiker blickt verächtlich.

Der Verleger, welcher diese Szene gar nicht beobachtet hat, schließt seinen Schrank und bemerkt trocken: „Wählen wir die Orgie!“

„Gut. . . .“ flüstert die Dichterin mit bebender Stimme. . . . „Die Orgie!“ Die Dichterin ergreift die Thürklinke.

Draußen muß sie erst ein wenig rasten, um ihren Aerger niederzubringen und das Zittern vorübergehen zu lassen. Da hört sie drinnen das Gelächter des jungen Mannes und gleich darauf die Stimme des Kritikers: „Lachen Sie doch nicht! Es ist eine ernste Angelegenheit, . . . diese geistige Prostitution!“

Ein Stich geht der alten Frau durch das Herz. An ihrem Halse würgt etwas, daß der Athem stockt. Die Knie zittern. Vor Schwäche muß sie sich auf die Treppentritte setzen.

Da hört sie Marthas Stimme: „Du schreibst ja selbst solche Bücher!“ Und dumpf saust es in ihren Ohren und klingt dazwischen wie ein summendes Weinglas, während es vor den Augen roth flimmert, als wimmelten Feuerspinnen durcheinander.

Nun erleichtert ein Seufzer die bellommene Brust der Frau. Mühsam erhebt sie sich und schleicht wankend die Treppe hinunter.

Sie geht in den Laden der Buchhandlung und wendet sich an den Kassirer mit der Bitte, den vom Verleger bewilligten Vorschuß auszuzahlen. Der Kassirer zählt das Sümmchen auf den Tisch, und schenen Blickes streift die Dichterin das Geld ein.

Dann umfängt sie wieder das Gewühl der Straße. Zaghafter als zuvor blickt die alte Frau. So oft sie quer über die Straße muß, zaudert sie, das Trottoir zu verlassen, um plötzlich, gleich einem gescheuchten Kaninchen, über den Fahrbamm zu eilen, ängstlich nach den Wagen blickend.

In ihrer Hast beachtet sie nicht die Schaufenster. Plötzlich aber fühlt sie eine Wärme und denkt an ihre Tochter; ihr Auge hat ein Püßgeschäst gestreift. Sie tritt an den Laden, mustert die ausgestellten Damenhüte und überlegt, welche Form dem Mädchen wohl am besten stehen würde. Unter jedem Hütchen sieht sie das hübsche Gesicht. Schließlich entscheidet sie sich: Sie muß selber wählen. . . . selbstverständlich!

Der Gedanke an ihr Kind hat die alte Frau berührt und erheitert. Nun ist sie auch bald daheim! Schon zeigt sich die Brücke.

Während sie über die Brücke geht, sucht ihr Auge drüben am Ufer drei hochgelegene Fenster. Dort sitzt das Kind bei der Stiderei oder steht am Ofen oder schäumt die Suppe ab. Es ist doch ein liebes Kind, ein gutes Herz! Es war unrecht, ihr Vorwürfe zu machen; sie ist ja jung und lebenslustig. . . . und hat wirklich wenig vom Leben. . . . das arme Kind!

Da ist die Hausthür. Mühsam steigt die alte Frau die Treppe empor.

Sie öffnet ihre Stube. — Die Tochter ist nicht darin.

Vielleicht im Nebenzimmer! — Auch da nicht.

Wo ist nur das Kind? Sollte es bei Frau Kuhlmeier sein?

Freilich. . . sie plaudern! — Sie geht auf den Flur und klopft an Frau Kuhlmeiers Thür. —

Keine Antwort.

Sie ergreift die Klinke. Die Thür ist unverschlossen. Aber auch hier ist niemand!

Schon will sie wieder gehen; da. . . horch! im Nebenzimmer lacht das Mädchen.

Die alte Frau tritt zur Thür und drückt auf die Klinke. . . .

Da sieht sie. . . ihre Gedanken stehen still, ihr Herz wird gepackt und gepreßt. . . ein Schwindel. . . . Die Thür wird von innen zugedrängt und abgeschlossen.

Wankend steht die alte Frau, den Blick starr auf die Thür gefeiert. Dann knicken die Knie, und nur die Hand, welche die Klinke hält, verhindert, daß die Frau zu Boden stürzt.

Nun tappt sie mit den Händen nach der Wand und wankt aus der Wohnung der Nachbarin. Auch die Flurwand tappet sie entlang bis zu ihrer Thür. In ihrem Zimmer angelangt, sinkt sie auf das Bett.

Sie sieht riesige, dunkelrothe Spinnen. Sie möchte dieselben verschrecken. Fort! — O haltet mich!

Sie fühlt sich sinken und stürzen; und hinter ihr her durch staubgraue Luft wimmeln die dunkelrothen Niesenspinnen; nun werden die Spinnen zu mächtigen, rothbraunen Rädern, welche poltern und poltern.

Durch das Getöse zischen menschliche Stimmen. . . wer zischt da? . . . Lachen Sie doch nicht; es ist eine ernste Angelegenheit, diese. . . geistige Prostitution. . . es ist schlecht, sich an einen Geldsack zu verkaufen. . . Tochter wie Mutter, Mutter wie Tochter. . .“ So zischen die Stimmen und rauschen, und ein Geräusch entsteht, wie es das Ohr unter Wasser vernimmt. Auch ist es dunkel wie im tiefsten Wasser.

Nun wird es heller; ein scharfer Lichtblick und gleichzeitig ein Klirren, als sei ein Glas zersprungen. —

Die alte Frau zuckt zusammen und richtet sich mild auf; sie hat den Hut schief auf dem Kopfe, und die gelbe Feder ist geknickt. „Was ist los?“ murmeln die bläulichen Lippen, und verstört irren die schwarzen Augen umher.

Der Topf auf dem Ofen lockt zischend und dampfend über. Die Dichterin macht eine Bewegung, als wolle sie aufspringen.

Plötzlich erstarrt sie; Entsetzen reißt ihre Augen auf, und in dem halbgeöffneten Munde stockt ein heiserer Schrei. Sie horcht. . . .

Eilen nicht Schritte die Treppe hinab? Hält nicht ein Wagen vor der Hausthür? Er will sie entführen; der Graukopf! der Geldsack! Er will sie entführen!

„Mein Kind!“ kreischte sie, springt auf und fährt zur Stube hinaus. Ueber den Flur! Die Treppe hinunter! „Ho—o—o! Ho—o—o! Ich bin ein Gespenst!“

Plötzlich fällt sie hintenüber und rutscht die letzten Stufen der untersten Treppe hinab.

„O Gott! O Gott!“ ächzt das Weib und richtet sich mühsam auf, ganz außer Athem.

Dann geht sie zur Hausthür. . . schwerfällig. . . Die Arme hängen schlaff; der Ausdruck des nach vorn gesunkenen Kopfes ist stumpf.

Mit gleichgiltigen Augen schaut sie sich nach beiden Seiten der Straße um, macht einige planlose, wankende Schritte und betrachtet blöde einen vorübergehenden Arbeitermann.

Darauf schlendert sie langsam am Flußufer entlang. Vom grauen Himmel stäubt ein Nebelregen, welcher die kalten Steine mit Glätteis überzieht.

Nach einer Weile ist das Weib in eine Seitenstraße gerathen. Hier strömen Kinder aus einer Schule.

Die Knaben lärmen, rennen und gleiten über die schlüpfrigen Steinplatten.

Ein Knabe mit frechem Gesicht und horstigem Haar stößt auf das sonderbare, irr blickende Weib mit dem schiefen Hut und der geknickten Feder, schaut ihr in's Gesicht und beginnt zu johlen, indem er mit dem Finger auf das Weib zeigt. Gleich darauf ist dieses von Kindern umringt, welche schreien, lachen und mit Geberden spotten.

Das alte Weib blickt ängstlich. Dann schimpft es und droht mit der Faust. Ein betäubender Lärm antwortet.

Man zupft die Alte am Mäntelchen hier und dort. Um die lästigen Knaben zu haschen, wendet sie sich hierhin und dorthin. Doch die Knaben entschlüpfen behende, lachen und setzen ihr Treiben mit doppeltem Eifer fort.

Die Leute auf der Straße bleiben stehen und lachen, während aus den Fenstern neugierige Gesichter schauen. Vor seinem Laden steht ein behäbiger Schlächtermeister und schüttelt sich vor Lachen.

Plötzlich kommt der alte Fritsche, eilt auf den Kinder-schwarm los und schlägt scheltend die äußerst befindlichen Knaben. Diese blicken sich verduzt um und reiben sich die Köpfe.

Gleichzeitig erhebt sich ein gellendes Geschrei. Das Weib versucht den Kindern zu entfliehen und rennt die Straße entlang. Die Kinderschar hinter ihr drein, brausend wie ein gereizter Bienenschwarm.

„Frau Bräsele!“ ruft der alte Kolporteur mit schwächerer Stimme und läuft athemlos nach.

Ein Knabe nimmt seinen Bücherranzen und wirft ihn der alten Frau vor die Füße. Sie stürzt vornüber und schlägt mit dem Kopf auf das Steinpflaster. Sie bleibt liegen.

Die Kinder kreischen auf. Der Knabe, welche den Ranzen geworfen, rennt davon.

Der alte Kolporteur kommt gelaufen und stößt die Kinder beiseite. Die alte Frau liegt regungslos.

Erbleichend kniet Fritsche nieder, faßt mit zitternden Händen die Gestalt unter den Schultern, wendet sie um und richtet den Oberkörper auf. Der Kopf sinkt kraftlos auf die Brust.

Nun treten auch andere Erwachsene herzu. Ein Karrenschieber hält an und geht zornig auf die Kinder los. „Wer hat das gethan?“

Die Kinder ziehen sich scheu zurück; und weisen auf den fliehenden Knaben.

Der alte Kolporteur läßt die Gestalt auf das Pflaster nieder und blickt verstört auf die Umstehenden. Dann wieder schaut er schmerzlich der alten Freundin ins Gesicht. Das Gesicht ist todtbleich und still. Aus einer Wunde an der Schläfe rinnt Blut. Und diese Wunde hat zwei Lippen. . . stumm klagende Lippen.

Und der alte Mann ahnt, was diese Lippen klagen.

## Biographische Mittheilungen über die jetzt gewählten sozialdemokratischen Abgeordneten.

I.)

Auer, Ignaz, Schriftsteller in München, früher Sattler. Geb. 19. April 1846 zu Dommelsstadt bei Passau, Bayern [kath.]. Besuchte die Volksschule in Birnbach a. d. R. und Reunburg a. J., bereiste in seinem Berufe als Sattlergeselle Deutschland und Oesterreich. Aus

\*) Wir entnehmen die Mittheilungen über die früher bereits einmal gewählten Genossen dem Hirt'schen Parlamentsalmanach.

Dresden 1874 auf Grund des sächsischen Armengesetzes, aus Berlin, Hamburg, Altona und Harburg a. d. Elbe auf Grund der Bestimmungen über den „kleinen Belagerungszustand“ ausgewiesen, ließ er sich in Schwerin nieder, wo er seit 1881 ein Mobilengeschäft betrieb. Mitglied des deutschen Reichstages für den 22. sächs. Wahlkreis vom 10. Januar 1877 bis zur Reichstags-Auflösung 1878; bei den allgemeinen Neuwahlen unterlegen, wurde er an Stelle des durch Krankheit zur Niederlegung des Mandats veranlaßten Vertreters für den 17. sächs. Wahlkreis, Kaufmann W. Brade aus Braunschweig, am 2. März 1880 wiedergewählt. Unterlag 1881 dem nationalliberalen Gegenkandidaten Leuschner, wurde aber für 1884—87 gegen denselben Gegenkandidaten als Vertreter für Glauchau-Meerane wiedergewählt, während 1887 wiederum Leuschner als Sieger aus der Urne hervorging. 1886 im Freiburger Prozeß zu 9 Monaten Gefängnis verurtheilt. — Wahlkreis: 17. Königreich Sachsen, Glauchau-Meerane.

Bebel, August, früher Drechslermeister, in Blauen bei Dresden. Geb. 22. Februar 1840 (religionslos). Besuchte die Volksschule zu Brauweiler bei Köln, später als Armenkinder die Bürgerschule in Weslar. Bereiste als Handwerksbursche von 1858—60 Süddeutschland und Oesterreich und kam 1860 nach Leipzig, wo er sich 1864 etablierte. Ist seit 1861 in der Arbeiterbewegung thätig (1864—67 Mitglied und dann bis 1869 Vorsitzender des ständigen Ausschusses des Verbandes der deutschen Arbeitervereine). Seit dem konst. nordd. Reichstag von 1867—81 ununterbrochen Mitglied des nordd. und deutschen Reichstages und des Zollparlamentes. Verbüßte 1869 wegen Verbreitung staatsgefährlicher Lehren eine dreiwöchentliche Gefängnisstrafe, wurde im Dezember 1870 unter der Anklage des Versuchs und der Vorbereitung zum Hochverrath auf 3½ Monate in Untersuchung genommen und März 1872 wegen Vorbereitung zum Hochverrath vom Schwurgericht zu Leipzig zu 2 Jahren Festung verurtheilt, die er in Hubertusburg verbüßte. Im Juli 1872 wurde er wegen Majestätsbeleidigung aufs neue zu 9 Monaten Gefängnis verurtheilt, die er im Landesgefängnis zu Jwidau verbüßte, und ihm gleichzeitig das Reichstagsabgeordneten-Mandat aberkannt, das er aber bei einer Neuwahl im Jahre 1873 mit bedeutend größerer Majorität wieder von seinem alten Wahlkreis übertragen bekam. Bei den allgemeinen Wahlen 1877 in Glauchau-Meerane und bei der Stichwahl in Dresden gewählt, legte er das erste Mandat nieder. 1881 wurde er bei den allgemeinen Wahlen nicht wiedergewählt, erhielt aber infolge Nachwahl im Juli 1883 das Mandat für Hamburg 1, das er auch in den Wahlen 1884, 1887 und 1890 behauptete. — 1886 im Freiburger Sozialistenprozeß zu 9 Monaten Gefängnis verurtheilt. — Schriftstellerische Thätigkeit: „Unsere Ziele“ (6. Aufl.); „Der deutsche Bauernkrieg mit Berücksichtigung der hauptsächlichsten sozialen Bewegung des Mittelalters“; „Die parlamentarische Thätigkeit des deutschen Reichstages und der Landtage“; „Christenthum und Sozialismus“; „Die Frau in der Vergangenheit, Gegenwart und der Zukunft“ (4. Aufl.); „Die muhamedanische Kulturperiode im Orient und Spanien“; „Fourier“ (1889); „Der Kartellreichstag“ (1890). — Wahlkreis: Hamburg 1.

Blos, Wilhelm, Schriftsteller in Stuttgart. Geb. 5. Oktober 1849 zu Wertheim in Baden. Besuchte das Lyzeum zu Wertheim und machte 1868 sein Maturitäts-Examen zu Karlsruhe; bezog die Universität Freiburg, um Philologie zu studiren, ging später davon ab und wurde Journalist. Er fungirte als Redakteur von verschiedenen radikalen und sozialistischen Blättern; 1872 schloß er sich ganz der Sozialdemokratie an. Seine journalistische Thätigkeit trug ihm mehrfache Prozeße und längere Gefängnisstrafen zu Braunschweig, Leipzig und Mainz ein. — Politische und historische Schriften: „Die Revolution in Mainz“ (Nürnberg 1875); „Unsere Prozeßzustände“ (Leipzig 1873); „Blut und Eisen“ (Chemnitz 1874); „Die französische Revolution“ (Stuttgart 1889) u. a. Ließ sich für längere Zeit in Hamburg nieder, von wo er indessen 1880 infolge der Verhängung des kleinen Belagerungszustandes ausgewiesen wurde und lebt jetzt in Stuttgart als Mitarbeiter verschiedener Arbeiterblätter. War Abgeordneter des Fürstenthums Neuf älterer Linie für die 3. und 4. Legislaturperiode. 1884 gewählt in Neuf a. L. und Braunschweig-Stadt. Unterlag 1887 dem Kartellkandidaten Retemeyer, 1890 in Braunschweig wiedergewählt. — Wahlkreis: 1. Braunschweig, Stadt Braunschweig.

Dieß, J. G. Wilhelm, Buchdrucker und Buchhändler in Stuttgart (eingetr. Firma: J. G. W. Dieß in Hamburg und Stuttgart). Geb. am 3. Oktober 1843 in Lübeck (evang.). Besuchte daselbst bis zum 14. Lebensjahre die St. Petri-Knabenschule, erlernte sodann das Buchdruckergerwebe. Besitzt in Hamburg eine Buchdruckerei und Buchhandlung, desgl. in Stuttgart. Ausgewiesen aus Hamburg auf Grund des Gesetzes vom 21. Oktober 1878. Mitglied des Reichstages seit 1881. Im Freiburger Prozeß zu 6 Monaten verurtheilt. — Wahlkreis: Hamburg 2.

Frohme, A. F. Egon, Schriftsteller in Hannover. Geb. 4. Februar 1850 zu Hannover (Dissident). Besuchte die St. Clemensschule zu Hannover, widmete sich dem Maschinenbau, später dem Studium der Geschichte und Nationalökonomie. Bereiste Deutschland, Schweiz, Holland, Belgien, Oesterreich, England und Dänemark. Seit 1870 öffentlich thätig für die sozialdemokratische Partei; wurde

wegen dieser Thätigkeit mehrere Male zu längeren Gefängnisstrafen verurtheilt, war Redakteur mehrerer sozialdemokratischer Blätter, des „Frankf. Volksfreund“ u. Mitglied des Reichstages von 1881—84 für Hanau-Gelnhausen, seit 1884 für Altona. Verfasser eines größeren Werkes über die „Entwicklung der Eigenthumsverhältnisse“ und zahlreicher Agitationschriften. — Wahlkreis: 8. Reg.-Bez. Schleswig-Holstein, Altona-Stormarn.

Grillenberger, Carl, Leiter der Buchdruckerei Wörlein und Komp., Nürnberg. Geb. 22. Februar 1848 in Jirndorf, Igl. Bezirksamt Fürth (freireligiös). Besuchte die Volksschule, erlernte das Schlosserhandwerk und bereiste als Handwerksgefelle Deutschland, die Schweiz und Oesterreich, arbeitete bis 1874 als Schlosser, von 1874 an Redakteur des „Nürnberg-Fürther Sozialdemokrat“, seit 1878 Korrektor. Seit 1881 Vertreter des Wahlkreises Nürnberg im Reichstag, in der vorletzten Legislaturperiode Mitglied der Arbeiterschutz- und Militärkommission. — Wahlkreis: 1. Mittelfranken, Nürnberg-Altorf.

Harm, Friedrich, Kaufmann in Elberfeld. Geb. 25. August 1844 zu Lezen (evang.). Besuchte die Elementarschule. Reisen in Nord- und Mitteldeutschland. Mitglied des Reichstages seit 1884. — Wahlkreis: 2. Reg.-Bez. Düsseldorf, Elberfeld-Barmen.

Liebnecht, Wilhelm, Journalist, seit der Ausweisung aus Leipzig wohnhaft in Borsdorf bei Leipzig. Geb. 29. März 1826 in Sieben. Besuchte das dortige Gymnasium, die Universitäten Gießen, Berlin und Marburg (Philologie und Philosophie). Theilnahmte am badischen Aufstand, gefangen vom September 1848 bis Mai 1849, Theilnahme am Reichsverfassungskampf 1848, nach dem Siege der Preußen als Verbannter lebend, erst in der Schweiz und dann in England (1850—62); 1862 nach Deutschland zurückgekehrt, im Sommer 1865 aus Preußen ausgewiesen wegen Haltung in der Arbeiterfrage; seitdem in Leipzig lebend; während des 1866er Krieges Redakteur der „Mitteldeutschen Volkszeitung“, die Ende August von der preussischen Behörde unterdrückt war; Anfangs Oktober 1866 auf einer Reise nach Berlin verhaftet und wegen unerlaubter Rückkehr zu dreimonatlicher Gefangenschaft verurtheilt. Redakteur des „Demokratischen Wochenblatt“, das sich 1869 nach Gründung der Eisenacher Partei in den „Volksstaat“ umwandelte, welchen er bis zu seinem Aufgehen in den „Vorwärts“, Zentralorgan der vereinigten Eisenacher und Lassalleaner, im Jahre 1875, redigirte. Dann Redakteur des „Vorwärts“ bis 1878. Mitglied des norddeutschen Reichstages. Im Dezember 1870 nach der Rückkehr im Reichstag unter der Anklage auf Hochverrath verhaftet, nach 3½ monatlicher Untersuchungshaft Ende März entlassen und ein Jahr später vom Schwurgericht zu Leipzig zusammen mit Bebel zu zweijähriger Festungshaft verurtheilt; bis 17. April 1874 auf Schloß Hubertusburg gefangen. Mitglied des deutschen Reichstages seit 1874. Herbst 1877 im Stollberger Landkreis zum sächsischen Landtagsabgeordneten gewählt, Wahl aber für ungültig erklärt, weil er am Tage der Wahl noch nicht drei Jahre sächsischer Staatsangehöriger war, wie die Verfassung es erheischt. Im Herbst 1879 vom Leipziger Landkreis in den sächsischen Landtag gewählt, unterlag 1885 in demselben Kreise dem Gegenkandidaten, wurde jedoch 1889 als Vertreter von Chemnitz wiedergewählt. Ende Juni 1881 mit Bebel, Hasenclever und anderen Parteigenossen nach Proklamirung des kleinen Belagerungszustandes aus Leipzig ausgewiesen, seit dieser Zeit in Borsdorf. Vertrat früher im Reichstage Stollberg-Schneeberg. Unterlag 1881 in dem Wahlkreis Stollberg-Schneeberg dem konservativen Gegenkandidaten Ebert, wird aber in Offenbach-Dieburg und Mainz gewählt, nimmt die Wahl für Offenbach-Dieburg an, welchen Kreis er auch 1884 bis 1887 vertritt. 1887 unterlag er dort dem nationalliberalen Gegenkandidaten Böhm. Durch Nachwahl für Hasenclever am 30. August 1888 für Berlin VI gewählt, ebenso 1890. Er schrieb u. a.: „Zu Schutz und Trug“, „Wissen ist Macht — Macht ist Wissen“, „Politische Stellung der Sozialdemokratie“, „Zur Grund und Bodenfrage“, „Briefgeheimniß vor dem deutschen Reichstage“, „Soll Europa losadisch werden?“ u. f. w. — Wahlkreis: Berlin VI.

Meister, H. E. August, in Hannover. Geb. 2. Oktober 1842 in Hilbesheim (evang. luth.) Besuchte die Bürgerschule. Ist jetzt Zigarrenmacher. Mitglied des Reichstages seit 1884. — Wahlkreis: 8. Reg.-Bez. Hannover, Stadt Hannover.

Schumacher, Georg, Lederhändler (Firma: Georg Schumacher) in Solingen. Geboren 1844 zu Köln (religionslos). Besuchte die Volksschule und genoss Selbstunterricht. 1860—76 als Gerberlehrling und Geselle thätig, 1876—78 Redakteur der sozialdemokratischen „Rölnner Freie Presse“, seit 1879 Lederhändler in Solingen. Mitglied des Reichstages seit 1884. — Wahlkreis: 3. Reg.-Bez. Düsseldorf, Solingen.

Singer, Paul, Kaufmann, früher Mitinhaber der Damen-Mantel-Fabrik Gebrüder Singer in Berlin. Geb. 16. Januar 1844 in Berlin (moisaisch). Besuchte von 1851—58 die Igl. Realschule in Berlin und widmete sich dem Kaufmannsstande. Im Jahre 1869 gründete er in Gemeinschaft mit seinem Bruder das Geschäft, welches in den ersten Jahren seine volle Thätigkeit in Anspruch nahm. Seit dem 1. Januar 1882 Mitglied der Berliner Stadtverord-

neten-Versammlung; war vorher schon in verschiedenen kommunalen Aemtern thätig und in einige von den Aeltesten der Kaufmannschaft reorganisirende Kommissionen berufen. Mitglied des Reichstages seit 1884. 1886 auf Grund des Sozialistengesetzes aus Berlin ausgewiesen. — Wahlkreis: Berlin IV.

Stolle, C. Wilhelm, Gärtner und Gastwirth in Gersau bei Glauchau. Geb. 19. Dezember 1843 in Frankenhäusen bei Crimmitschau, Königr. Sachsen (freireligiös). Erlernete die Gärtnererei, bereiste als Gärtner Deutschland, Holland, Theile von Rußland und Polen. Etablierte sich im Jahre 1862 in Crimmitschau, trat frühzeitig in die politische Bewegung ein, wirkte in Arbeiterbildungs- und Volksvereinen und gründete 1870 mit politischen Freunden eine Genossenschaftsbuchdruckerei unter der Firma Stolle, Schlegel und Comp., welche den „Crimmitschauer Bürger- und Bauernfreund“ herausgab. Nach Erlaß des Sozialistengesetzes wurde dies Blatt unterdrückt und dadurch die Genossenschaftsbuchdruckerei ruiniert, was auch weiter den Ruin von Stolle's Handlungsgärtnererei herbeiführte. Seit 1880 bewirtschaftet er einen Gasthof in Gersau bei Glauchau. Im Jahre 1881 zum ersten Male als Reichstagsabgeordneter gewählt für Jwidau-Crimmitschau, ebenso 1884. Unterlag 1887. Diesmal wiedergewählt. — Wahlkreis: 18. Königreich Sachsen, Jwidau-Crimmitschau.

von Volkmar, G. Heinrich. Geb. 7. März 1850 in München, wohnt daselbst als Redakteur der „Münchener Post“. Im Benediktinerkloster zu Augsburg erzogen, trat er 1865 als Reiterfähnrich in das bayerische Heer und machte den Krieg 1866 als Lieutenant mit. Schied 1867 aus dem Dienste und ging, noch unter dem Einfluß seiner Erziehung stehend, nach Rom, um dort ein Jahr im Freiwilligenheer zu dienen. 1869 nach Deutschland zurückgekehrt, wurde er Beamter der bayerischen Staatsverkehrsanstalten. Nahm am Feldzuge 1870—71 als oberer Militärbeamter (Feldtelegraph) Theil und wurde bei Blois durch einen Flintenschuß schwer verwundet und ganz invalid. Widmete sich hierauf philosophischen, wirtschaftlichen und politischen Studien, welche ihn zur sozialistischen Weltanschauung führten. Nach mehrjähriger schriftstellerischer Thätigkeit übernahm er Anfangs 1877 die Leitung der jetzt ausnahmegeseplich unterdrückten „Dresdener Volkszeitung“. In politischer Prose verwickelt, wurde er Mitte 1878 zu einem Jahre Gefängnis verurtheilt und hierauf aus Dresden ausgewiesen. Ging sodann 1879 nach Zürich, wo er außer seiner politischen Wirksamkeit auf der Hochschule staatswissenschaftliche Studien trieb. Ende 1880 nach Paris übergesiedelt, war er dort in gleicher Weise thätig, bis er infolge seiner Wahl zum Reichstag 1882 seinen Aufenthalt wieder in Deutschland nahm. Am 3. April 1883 auf der Rückkehr vom Kopenhagener Parteikongresse zu Kiel unter Bruch der parlamentarischen Unverletzlichkeit verhaftet. Mitarbeiter an einer Reihe deutscher und ausländischer Zeitungen und Zeitschriften. Verfasser verschiedener politischer und sozialökonomischer Schriften; unter des Verfassers eigenem Namen erschienen: „Der isolirte sozialistische Staat“ (Zürich 1869), sowie zwei Arbeiten über die Waldschußfrage (Leipzig 1877 und 1880). 1881—84 Mitglied des Reichstages für den 15. sächsischen Wahlkreis. Von 1883—89 Mitglied des sächsischen Landtages für Chemnitz. 1884—87 Mitglied des Reichstages für München II, 1887 unterlegen, jetzt wieder für München II gewählt.

## Die moderne Arbeiterbewegung.

Noch niemals in der Geschichte hat eine Bewegung so gewaltig um sich gegriffen, eine so große Anzahl von Individuen erfasst und mit glühender Begeisterung erfüllt und sich so schnell über alle Lande erstreckt, wie die große kulturhistorische Bewegung, zu deren Mitarbeitern auch wir uns rechnen dürfen, deren Vertreter zu sein auch wir die Ehre haben, die moderne Arbeiterbewegung.

Welches sind die Ursachen dieser Erscheinung?

Die Beantwortung dieser Frage ist nicht schwer.

Einmal sind wir die glücklichen Erben unzählbarer Generationen, deren Kulturarbeit, die sie im Laufe der Jahrtausende verrichteten, uns zu gute kommt. Wir stehen in kultureller Hinsicht höher als jene und die Kultur erstreckt sich auf einen höheren Prozentsatz der Erdbewohner, als dieses in früheren Zeiten der Fall war. Dadurch wird der Ausbreitung eines Gedankens — und ein solcher muß doch jeder Bewegung, die Menschen in sich faßt, zu Grunde liegen — großer Vorschub geleistet. Zweitens stehen uns in unserer Agitation, in unserem Bestreben, diese der Arbeiterbewegung zu Grunde liegenden Ideen zu verbreiten, ihr Anhänger zu verschaffen, Hilfsmittel zur Verfügung, die frühere Bewegungen entweder vollständig entbehren mußten, oder deren sie sich nur in sehr beschränkter Weise bedienen konnten. Wie trefflich wissen wir z. B. Eisenbahn, Post und Telegraph zu benutzen. Dann aber der hochentwickelte Zustand der Buchdruckerkunst, der es uns ermöglicht, unserer Literatur die größtmögliche Verbreitung zu verschaffen und eine Tagespresse, wie sie uns heute zur Verfügung steht, erst möglich machte.

Jedoch die Hauptsache, warum sich diese Bewegung so schnell ausbreitete, warum sie in verhältnismäßig kurzer Zeit so allgemein wurde und so energisch auftrat, warum die ihr zu Grunde liegende Idee so empfängliche Herzen fand und findet, und warum diese Bewegung ihrem eigentlichen Inhalt nach in allen Kulturländern dieselbe ist, ist in der Gleichartigkeit der sozialen Verhältnisse (der

Grundlage aller politischen, religiösen, sittlichen u. s. w. Verhältnisse) zu suchen.

Der Zweck der modernen Arbeiterbewegung ist, gleichviel, ob sich alle ihre Vertreter dessen bewusst sind oder nicht, die totale Umgestaltung der Verhältnisse, aus denen sie hervorging. In Amerika wie in Europa sehen wir die Gesellschaft in zwei Klassen geteilt, die in fortwährendem Kriege miteinander leben: Die Klasse derer, welche alles besitzen, was das Leben erst lebenswerth macht, und die Klasse der Besitzlosen. Die ersteren leben von dem Arbeitsertrag der letzteren. Während diese, trotz rastloser Arbeit, immer mehr verarmen und in Unwissenheit dahinsinken, sammeln sich jene Reichtümer an, deren Werth fabelhaft, und erfreuen sich der Erzeugnisse unserer fortschreitenden Kultur, die sie so wenig erschaffen haben, wie die materiellen Schätze, die sie genießen.

Wie gesagt, in allen Kulturländern dasselbe Bild: Reichtum, Luxus, Wissen und Glück auf der Seite der wenigen — und Armuth, Entbehrung, Unwissenheit und Verzweiflung auf der andern Seite, bei den Massen des Volkes. Diese unnatürlichen Zustände zu beseitigen, ist das Ziel der Arbeiterbewegung unserer Tage. Die Ausbeutung der Volksmassen, die heute rücksichtslos betrieben wird, denn je, ist das Fundament unserer gesammten Verhältnisse.

Diese Ausbeutung ist nur deshalb möglich, weil sich die zur Produktion d. h. zur Herstellung aller der Dinge, die die Gesellschaft zu ihrer Erhaltung bedarf, nöthigen Arbeitsmittel in den Händen einer kleinen Anzahl von Menschen befinden, die vermittelst derselben die ganze Produktion kontrollieren. Sie bestimmen, wie viel und was produziert werden soll, denn das Motiv der Produktion ist nicht das Bedürfnis der Gesellschaft, sondern die Bereicherung derer, die die Vorbereitungen zur Produktion, die Arbeitsmittel, besitzen. Die Arbeitsmittel (Maschinen, Fabriken u. s. w.) in den Händen weniger, bedeutet die Abhängigkeit der Volksmassen von der besitzenden Klasse.

So ist es auch überall und wird nicht eher anders werden, als bis die arbeitenden Massen die Arbeitsmittel, die Produkte der Gesellschaft sind, für die Gesellschaft reklamieren und die Produktion zum Besten der ganzen Gesellschaft und nicht zum beinahe ausschließlichen Vortheil weniger, in die Hand nehmen. Wenn das geschehen ist, dann ist das Ziel der modernen Arbeiterbewegung erreicht, denn dann hat die Gesellschaft Gelegenheit gehabt, sich in vernünftiger Weise, die allen zu gute kommt, zu entwickeln.

Jedes vernunftbegabte Wesen wird ohne Mühe einsehen, daß eine Bewegung — die so tief in den bestehenden Verhältnissen wurzelt, wie die moderne Arbeiterbewegung und deren grundlegender Gedanke nichts anderes ist, als die logische Schlussfolgerung, die sich aus unserer gesellschaftlichen Entwicklung mit Nothwendigkeit ergeben, als auch überall, wo das privatkapitalistische System existirt, dieselbe sein muß — nicht unterdrückt, nicht ausgeartet werden kann. Weder spitzfindige Sophistereien, noch gemeine Beschimpfungen, weder politische Tricks, noch richterliche Willkür können diese Bewegung, die mit der Gewalt und Intensität einer Elementarbewegung auftritt, zerstampfen.

Sie ist da, ist mit eiserner Nothwendigkeit vorhanden und wird ihren kulturhistorischen Beruf erfüllen. Unter ihrem Banner steht heute schon der intelligentere Theil der Arbeiterschaft aller Länder, — einstens werden ihm die Völker folgen zu ihrer Erlösung.

## Das Großkapital im Buchdruckgewerbe und in der Literatur.

Nicht geringe Aufregung herrscht in den Kreisen der Wiener Buchdruckfabriken großen und kleinen Kalibers. Durch die bevorstehende Gründung eines großen Druck- und Verlagsunternehmens sehen sie sich im Geiste schon jetzt in ihren Profitten gefährdet und schreien Jeter und Morbis darüber, daß inländische Unternehmungen von ausländischen Kapitalisten aufgekauft werden sollen, sie, die selbst zu einem ganz bedeutenden Theile in Oesterreich eingewanderte Leute sind, die hier durch Glück, mehr aber durch Freigebigkeit reich geworden.

Da die Sache so viel Staub aufwirbelt — hat doch Abg. Steinwender darob im österreichischen Abgeordnetenhaus interpellirt und der Konfusionsrath und Präsidial Gregor in Gemeinderathe den Ruin sämmtlicher Wiener Buchdruckereien prophezeit, ja die halbamtliche „Wiener Abendpost“ hat sich damit beschäftigen müssen — so wollen auch wir uns einmal mit dem Unternehmen beschäftigen.

Was wir darüber wissen, ist freilich nicht viel. Aber wenn der weise Gregor davon spricht, daß ein englisches Konsortium zehn — einige Blätter sprechen von vierzehn — der größten Wiener Buchdruckereien anzukaufen und in eine zu verschmelzen beabsichtigt, so ist das nur so gesprochen, wie es seiner allumfassenden Geschäftigkeit entspricht. In Wahrheit ist nur der Ankauf einer Buchdruckerei für das Unternehmen vor sich gegangen und das ist die Buchdruckerei Bergmann u. Co. Die übrigen Firmen sind Unternehmungen, die einfach zu einem solchen Riesengeschäfte nothwendig sind, und zwar die Ebenfurter Papierfabrik und Holzstoffmühlen, die Eggendorfer Papierfabriken, die Firma J. Eberle, Musiknoten- und Steindruckerei, die Buchbinderei Scheide, die Papierkonfektionsgeschäfte Theyer u. Hardtmuth und Frei u. Steiber, das photographische Etablissement Viktor Angerer, die helio- und zinlographische Anstalt J. Wiedinger, die Anstalten G. Feiginger, G. Hölzel (bekannt durch Landfartendrucke) und die Verlagsbuchhandlung A. Hartleben, sämmtlich in Wien. Da eine Aktiengesellschaft heute ohne ihr eigenes Preßorgan nicht bestehen kann, wenn es ihr nicht zu viel kosten soll, so hat diese sich noch das ohnehin auf den schwächsten Füßen stehende „Wiener Tagblatt“ (das „Schöpferne“) angekauft. Dieses Blatt kößt denn auch aus Leibeskräften in die Reklametrompete für das englische Unternehmen, während es sonst oft genug entzweit ist, daß ausländisches Kapital in Oesterreich zur Ausbeutung zugelassen wird.

Wir entnehmen diese Angaben den „Printing Times“ and „Lithographer“, dem Blatte, das von der „Hansard Publishing Union“ ausgegeben wird, deren leitender Verwaltungsrath, Horatio Bottomley, eben den Gedanken gehabt, diese Publishing-Union-Unter-

nehmungen auch auf dem Kontinent ins Leben zu rufen. Das Grundkapital dieser zentralisirten Ausbeutungsunternehmung beträgt 750 000 Pfund, 15 Millionen Mark. An der Spitze des Verwaltungsrathes der „Anglo-Austrian Printing and Publishing Union“ — so heißt die Gesellschaft, zu deutsch also: Oesterreichische Buchdruck- und Verlags-Gesellschaft — steht der Lord Mayor (Bürgermeister) von London.

Dies in Kürze die Fakten. Wir wollen nun auch noch unseren Standpunkt zu diesem Unternehmen erörtern.

Wir theilen natürlich die Aufregung der Kreise, die jetzt die Ausbeutung in Händen haben, durchaus nicht. Und kann es — um sehr banal zu sprechen — ganz Bursch sein, ob wir von Wienern, eingewanderten Preußen oder englischen Aktiengesellschaften ausgenutzt werden. Jedenfalls können letztere trotz höheren Profites bessere Löhne zahlen und bessere Arbeitsbedingungen herstellen und wir werden sorgen, daß dies geschieht. Auch können wir nicht diese Zentralisation hindern, sie liegt im Wesen der Produktionsweise. Und wenn diese zentralisirte Druck- und Verlagsunternehmung ethische oder alle kleinen und kleineren Lehrplausenden und tarifbrechenden Buben zu Grunde richtet, so werden wir denselben wahrlich keine einzige Thräne nachweinen. Das ist unsere Meinung, welche das kleine Ausbeuterthum allerdings unbegreiflich finden wird.

Gen. J. Pralik im „Vorwärts“,  
Organ der Oesterreichischen Buchdrucker.

## Auch eine Auffassung der Agrarfrage

gibt in ihrer letzten Nummer die freisinnige „Nation“ zum besten. Sie schreibt anlässlich des den Wildschaden betreffenden ultramontanen Antrages im preussischen Abgeordnetenhaus:

Man spricht viel von dem Nothstande der Landwirtschaft; das schwerste Gebrechen, über welches die Landwirtschaft zu klagen hat, ist das, daß der Fleiß der Bauern nicht geschützt ist gegen die Verwüstungen, welche das verderbliche Wild anrichtet, das in unseren Wäldern gehetzt wird.

Das heißt allerdings sich in einfacher Weise mit der agrarischen Noth abfinden. Bauen wir Wildgatter und der arme kleine Bauer wird nicht länger mehr von der Großlandwirtschaft erdrückt und vom mobilen Großkapital geplündert!

Vielleicht entdekt ein freisinniges sozialpolitisches Genie demnächst noch, daß die Arbeiter lediglich darum hungern, weil ihnen die Mäuse zuviel wegessen und daß daher die Arbeiterfrage lediglich mit Rattengift gelöst werden könne.

## Die nationalliberale Fraktion des Reichstages

befieht nunmehr endgültig aus folgenden Mitgliedern:

1. Birnig: Rittergutsbesitzer Poll; 2. Wolmirsdorf: Gutsbesitzer Hofang; 3. Wangleben: Rittergutsbesitzer von Benda; 4. Halberstadt: Rittergutsbesitzer Kimpau; 5. Naumburg: Landgerichtspräsident Gänther; 6. Flensburg: Schiffsrheder Jepsen; 7. Leer: Gutsbesitzer v. Hülf; 8. Hameln: Rittergutsbesitzer v. Arden; 9. Harburg: Senator Haselt; 10. Stade: Oberpräsident Dr. v. Bennigsen; 11. Oesterle: Stadtdirektor Gebhard; 12. Dortmund: Fabrikbesitzer Möller; 13. Duisburg: Bergwerksbesitzer Dr. Hamacher; 14. Wehlar: Bürgermeister Krämer; 15. Kreuznach: Geh. Justizrath Dr. v. Cuny; 16. Saarbrücken: Geh. Bergrath Pfähler; 17. Speyer: Kommerzienrath Dr. Klemm; 18. Landau: Gutsbesitzer Dr. Bürlin; 19. Gernersheim: Landgerichtsrath Brünings; 20. Zweibrücken: Bürgermeister Abt; 21. Kusel: Gutsbesitzer Dr. Buhl; 22. Kaiserslautern: Oberbürgermeister Dr. Niquel; 23. Bayreuth: Banquier Feustel; 24. Ansbach: Fabrikbesitzer v. Tröltzsch; 25. Rothenburg o. T.: Bürgermeister Keller; 26. Coburg: Fabrikbesitzer Hoffmann; 27. Leipzig: Eisenbahndirektor Götz; 28. Annaberg: Fabrikbesitzer Holzmann; 29. Stuttgart: Geh. Kommerzienrath Siegle; 30. Eßlingen: Kommerzienrath Weiß; 31. Badnang: Regierungsrath Leemann; 32. Darmstadt: Rechtsanwalt Dr. Osann; 33. Erbach: Gutsbesitzer Scipio; 34. Worms: Professor v. Marquardsen; 35. Schwerin: Bankdirektor Dr. Büsing; 36. Bernburg: Geh. Kommerzienrath Döschel; 37. Sondershausen: Amtsgerichtsrath Pieschel; 38. Waldeck: Schriftsteller Dr. Böttcher; 39. Straßburg: Rechtsanwalt Dr. Petri. Ferner können zur Fraktion hinzugerechnet werden: 40. Dessau: Direktor Wöhrde; 41. Landkreis Straßburg: Dr. North; 42. Zabern: Bürgermeister Dr. Höffel.

## Wahlproteste und Wahlbeschwerden.

Nach der Geschäftsordnung des Reichstages können Wahlproteste und Wahlbeschwerden bis zum zehnten Tage nach Eröffnung der Reichstagsession eingereicht werden.

Obwohl der Reichstag noch nicht berufen ist, so empfiehlt es sich doch, schon jetzt die Wahlproteste und Wahlbeschwerden zu formuliren; denn je früher die Vorkommnisse noch in der Erinnerung sind, desto klarer fällt die Darstellung aus und desto leichter ist es, die näheren Umstände zur Vervollständigung solcher Schriftstücke und insbesondere auch die Namen der erforderlichen Zeugen zu ermitteln. Später weiß man sich manches Vorfalls und manches Zeugen nicht mehr zu erinnern.

Was die Wahlproteste betrifft, so kommt es darauf an, die Thatfachen, aus welchen die Ungültigkeit der Wahl gefordert werden soll, einzeln, einfach und klar darzustellen. Allgemeine Redewendungen sind belanglos. Es müssen gefordert dargestellt werden diejenigen Vorkommnisse, welche auf die Gültigkeit der Wahl im ganzen Kreise oder in größeren Theilen des Wahlkreises von Belang sind, und diejenigen Vorkommnisse, welche sich nur auf einzelne Abstimmungsbezirke beziehen. Ueberall sind auch die Beweismittel anzugeben. Die Beweismittel können bestehen entweder in der Bezugnahme auf Schriftstücke oder in der Namhaftmachung von Zeugen. (Erlaße von Behörden, welche veröffentlicht sind, oder Flugblätter, welche die Gültigkeit der Wahl

in Frage stellen, sind jedenfalls in 1 oder 2 Exemplaren sogleich beizufügen. Als Zeugen können auch diejenigen Personen namhaft gemacht werden, denen man Ungehörigkeiten bei der Wahl nachsagt.)

Die Abfassung der Wahlproteste hat mit strengster Gewissenhaftigkeit zu erfolgen. Keine Thatfachen dürfen angeführt werden, für die nicht durch Zeugen und Beweismittel der Beweis der Wahrheit angetreten werden kann. Mittheilungen, die nur auf Hörensagen beruhen, und für die niemand bereit ist, den Beweis der Wahrheit anzutreten, müssen unberücksichtigt bleiben.

Die Wahlproteste sind „An den Deutschen Reichstag zu Berlin“ zu adressiren.

Als Gründe, die für einen Wahlprotest angeführt werden können, gelten: Das Verbot und die Auflösung von Wahlversammlungen ohne genügenden gesetzlichen Grund; die gesetzlich nicht berechnete Wegnahme von Wahlstimmzetteln; die Wegnahme von Stimmzetteln — die unter keinen Umständen zulässig ist; — der ungesetzliche Ausschluß von Wählern vom Wahlrecht; die Vereinfachung von Wählern durch Beamte oder Unternehmer, wenn dieselben die Arbeiter genöthigt haben, ihre Stimme einem bestimmten Kandidaten zu geben; oder auch, indem sie das Heranföhren der Arbeiter, sei es einzeln, sei es in Kolonnen an die Wahllokale und die Ueberwachung der Stimmzettelabgabe veranlassen; das Verschleiden von Wahlstimmzetteln und Stimmzettel durch Staats- oder Gemeindefunktionäre; die Aufforderung von Beamten an ihre Untergebenen, für einen bestimmten Kandidaten zu stimmen; die Abgabe von Stimmzetteln, die durch Farbe, Form oder Durchbruch des Namens des Kandidaten äußerlich kenntlich sind; die Beschränkung oder der Ausschluß der Öffentlichkeit bei der Wahlhandlung und bei der Stimmzettel-Auszählung ungesetzlich und zugleich straffällig ist die Vertheilung von Geld, Getränken, Lebensmitteln oder die Zusage von sonstigen Vortheilen dafür, daß der Wähler einem bestimmten Kandidaten seine Stimme gab, oder die Bedrohung mit Nachtheilen (durch Arbeitsentlassung, Arbeitsentziehung, Schädigung im Dienst u. c.), wenn er einem bestimmten Kandidaten seine Stimme nicht gab.

Ferner ist im Wahlprotest hervorzuheben, wenn Mitglieder des Wahlvorstandes gegen die Vorschriften des Wahlreglements verstoßen (siehe Wahlreglement); wenn die Wahlbezirke in den einzelnen Wahlkreisen zu groß waren — keiner soll über 3000 Seelen umfassen — wenn die Wählerlisten nicht rechtzeitig, oder nicht lange genug oder gar nicht ausgelegt wurden; wenn die Wahlhandlung zu früh begann oder zu spät geschlossen wurde.

Weiter sind Hauptgründe für die Ungültigkeitserklärung einer Wahl und unter Umständen straffällige Vergehen: falsche Protokollführung, Fälschung der Wählerlisten, Zulassung von Personen zur Wahl, die nicht als Wähler eingetragen waren, oder Aufnahme von Personen in die Wählerliste, nachdem der Einspruchstermin bereits geschlossen war.

Von allen Wahlprotesten ist der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion Kenntniß zu geben und eine Abschrift des Protestes an sie einzuliefern.

Ist in einem Wahlkreise die Majorität des Gewählten sehr bedeutend, so daß voraussichtlich ein Protest keine Wirkung erzielt, dann empfiehlt es sich wenigstens, besonders schwere Fälle von Wahlbeeinflussung der Fraktion mitzutheilen, damit diese sie bei den Erörterungen über die Wahlprüfungen verwenden kann. Auch dort, wo Ungehörigkeiten zwar vorgekommen sind, aber eine Ungültigkeit der Wahl daraus nicht gefolgert werden kann, entweder weil die Ungehörigkeiten eine sozialdemokratische Wahl nicht verhindert haben oder diese Ungehörigkeiten auch in ihrer Gesamtheit die Mehrheit des gewählten Gewaners keinesfalls zu erschüttern vermögen, empfiehlt es sich stets, darauf bezügliche Beschwerden vor den Reichstag zu bringen. Ein anhängiger Reichstag pflegt auch in solchen Fällen durch Resolutionen die Regierung aufzufordern, den Thatbestand zu ermitteln und im Falle des Nachweises der Ungehörigkeiten Abhilfe und Rüge einzutreten zu lassen.

## Zur Achtstunden-Bewegung.

Hamburg, 7. März. Rungitaulenb Arbeiter in Hamburg-Altona fordern die Erklärung des 1. Mai als Feiertag zu gunsten des Achtstundearbeitstages.

Zum Achtstundentag. Nürnberg, Sonntag, den 9. März fand in Bedengarten eine imposante Arbeiterversammlung statt, in welcher Genosse Karl Bredner über den 1. Mai referirte. Die Versammlung nahm folgende Resolution an: „Die heute am 9. März im Saale des Bedengarten stattfindende Versammlung erblickt in der heutigen anarchischen Produktionsweise eine Demoralisirung der arbeitenden Klasse; erklärt ferner den 1. Mai als einen internationalen Feiertag, welcher eine Demonstration zu gunsten des achtstündigen Maximalarbeitsstages sowie eines internationalen Arbeiterkongresses sein soll und spricht den Wunsch aus, daß an diesem Tage die Arbeit ruhen sollte.“

Der Generalkath der belgischen Arbeiterpartei hat nunmehr beschlossen, die erforderlichen Maßnahmen vorzubereiten, damit am 1. Mai d. J. alle Arbeiter Belgiens feiern. Aller Orten sollen Arbeiterversammlungen, Straßenaufzüge und Kundgebungen zu gunsten des achtstündigen Arbeitstages stattfinden.

Zum Achtstundentag. Wie der „Vorwärts“ meldet, sollen die Redakteure der Wiener Tagesblätter beschlossen haben, den 1. Mai zu feiern und an diesem Tage einen Ausflug zu veranstalten. Das ist wirklich sehr geschickt von den Herren gehandelt. Sollten sie wirklich zu der richtigen Ansicht gekommen sein, daß sie nur Lohnjäger, Bedienstete des Kapitals sind? Da auch die Zeitungsbesitzer beschloffen haben, am 1. Mai nicht zu arbeiten, so ist das Nichterscheinen der Arbeiterblätter am 1. Mai und jedenfalls auch der Morgenblätter am 2. Mai in Wien als gesichert zu betrachten. Und in Berlin?

## Politisches, Gewerkschaftliches.

**Elberfeld, 8. März.** Am hiesigen Schwurgericht fand gestern und heute die Verhandlung gegen die drei im Sozialistenprozess wegen Verdachtes des Meineides verhafteten Zeugen aus Düsseldorf statt. Die erfteren, Krause und Niedmann, wurden in zwei Fällen schuldig befunden und zu je 1 1/2 Jahren Zuchthaus, der dritte, Gemmer, in einem Falle schuldig, zu einem Jahr Zuchthaus und fämmtlich außerdem zu 5 Jahren Ehrverlust verurtheilt. Der Staatsanwalt hatte 3 resp. 2 Jahre Zuchthaus beantragt.

**Wahlserge.** Ein Barbier in Jena hat in seinem Laden folgendes Plakat angebracht: „Narren für Oppositionelle 5 Pfg., für Kartellbrüder 10 Pfg.“ Befragt, weshalb die Kartellbrüder mehr bezahlen sollten, erwidert der wüthige Barbier: „Die Kartellontel haben nach dem Ausfall der Wahlen so lange Gesicht bekommen, daß ich es für 5 Pfg. bei ihnen nicht mehr machen kann.“

**Die Parteigenossen von Mariendorf und Umgegend** machen den Genossen Berlins bekannt, daß bei etwaigen Ausflügen der Gastwirth Schersch („Deutscher Reichsgarten“) besonders zu berücksichtigen sei.

**Neuendorf bei Potsdam.** In der hiesigen Rammgarnspinnerei ist ein Spinner gekündigt worden, weil er am Wahltag für unseren Kandidaten W. Werner agitatorisch thätig war. Es ist möglich, daß noch weitere Maßnahmen erfolgen, deshalb ist vorläufige Jazug unbedingt fern zu halten. Alle Arbeiterblätter werden um Abdruck erbeten.

**Der Streik der Firma Friedrich Siemens und Co. in Berlin** dauert unverändert fort. Jazug ist streng fernzuhalten von Schlossern, Eisenbrechern, Metallbrechern, Siehern, Formern, Keramachern, Klempnern, Modellmachern, Badern, sowie fämmtlichen Hilfsarbeitern. Listen zu freiwilligen Beiträgen sind zu haben bei Klein, Ritterstraße 15; Joseph Hartmann, Reichenbergerstr. 73; Paul Pitfin, Reichenbergerstr. 23; Carl Lengner, Reinickendorferstraße 48; Wilhelm Bredow, Ritterstr. 112 bei Schmidt.

**Die Kupferschmiede Berlins und der Umgegend**, welche im vergangenen Jahre eine Verkürzung der Arbeitszeit auf zehn Stunden und eine Erhöhung des Lohnes auf 340 Pfg. durchgesetzt haben, wollen dieses Jahr wiederum in eine Lohnserhöhung eintreten, zur weiteren Erhöhung des Lohnes und Verkürzung der Arbeitszeit.

Sie haben am Sonntag ihre Kommission beauftragt, die Unterhandlungen mit der Meister-Kommission auf nachstehender Grundlage zu führen: Die tägliche Arbeitszeit währt 9 Stunden und beginnt morgens 7 Uhr. Der Stundenlohn soll möglichst auf 60 Pfennige erhöht werden. Für Ueberstunden sind zu dem endgiltig festgesetzten Stundenlohn 25 Prozent, für Sonntagsarbeit bis nachmittags 4 Uhr 50 Prozent, nach 4 Uhr 100 Prozent Zuschlag zu zahlen. Die Nachtarbeit beginnt abends 9 Uhr und endet morgens 7 Uhr. Für Nachtarbeit sind 100 Prozent Zuschlag zu zahlen. Diese Preise gelten für Arbeiten in der Werkstat. Die Akkordarbeit wird abgeschafft. Am 1. Mai (dem Arbeiterfeiertag) soll endgiltig darüber bestimmt werden, wann der neue Lohnstarif oder, falls eine gütliche Einigung nicht erzielt wird, der Ausstand in Kraft tritt. Vorge schlagen wurde hierzu bereits der 5. Mai.

**Eine Versammlung der Arbeiter und Arbeiterinnen in der Schäftebranche (Schuhstiepperei)**, die am Montag tagte, beschloß am Sonnabend, den 15. d. Mts. folgende Forderungen an ihre Arbeitgeber zu stellen: neunständige Arbeitszeit, Beseitigung der Sonntags- und Ueberstundenarbeit, Minimallohn von 18 Mark für Arbeiter und Arbeiterinnen; wo dieser Lohn schon gezahlt wird, einen Aufschlag von 10 Prozent, einen solchen von 25 Prozent für Akkordarbeit und Beseitigung des Trucksystems. Letztere beiden Forderungen betreffen nur die Arbeit von Hausindustriellen, sog. Kleinmeistern, die die Arbeit aus großen Fabriken holen und in eigener Werkstelle anfertigen, und von denen man glaubt, daß sie sich der Lohnbewegung der Arbeiter anschließen. In allen den Werkstellen, wo obige Forderungen nicht bewilligt werden, soll am Sonnabend die Arbeit niedergelegt werden. Auf jeden Fall soll am Montag Vormittag nicht gearbeitet werden, da zu dieser Zeit eine Versammlung abgehalten werden soll, um das erste Resultat zusammenzustellen.

**An die Schneider Deutschlands. Arbeiter! Kollegen!** Es ist das erste Mal, daß die gesammten Schneider Dresdens und der Umgegend einmüthig entschlossen sind, in diesem Frühjahr eine 20prozentige Lohnserhöhung auf grund dreitheiliger Tarife, Einführung eines Normalarbeitstages u. a. m. zu fordern. Aber nicht leicht wird hier der Kampf werden, denn die Jazung wird Kräfte von auswärts kommen lassen. Wir erlauben daher alle Genossen, uns sofort Nachricht zu geben und darauf hinzuwirken, daß

der Jazug nach Dresden abgeschnitten wird. Die Lohnkommission. Briefe sind zu richten an A. Doberenz und Neuhäuser, Dresden, Schuhmachergasse Nr. 1 bei Pöhl.

**Die Schneider Hannover** liegen im Streik und bitten, den Jazug fernzuhalten, besonders aus Berlin und Stettin. Alle Zuschriften und Sendungen sind zu richten an Herrn Timm, Schmiedestraße 53 im Zentralverkehr. Geldsendungen an Herrn Specht, Schmiedestraße 53 ebendasselbst oder Gartenstraße 23.

**Fachverein der Schlosser und Maschinenaarbeiter** Berlins und der Umgegend. Montag, 17. März, abends 8 1/2 Uhr, in Feuersteins Salon, Alte Jakobstr. 75. Vortrag des Herrn Zubeil über: „Gewerblich-Gewerliche“.

**Gauverein Berliner Bildhauer.** Dienstag, 18. März, abends 8 1/2 Uhr, im Restaurant Reiner, Annenstraße 16. Geschäftliches. — Verstatangelegenheiten.

**Verein der in der Schäftefabrikation beschäftigten Arbeiterinnen.** Sonntag, 15. März, abends 9 Uhr in Reyer's Salon, Alte Jakobstraße 83. Vortrag über Streikangelegenheiten.

**Versammlung der Freien Vereinigung d. Zimmerer Berlins.** Sonntag, 16. März, vormittags 10 1/2 Uhr, in Orschels Salon, Sebastianstr. 39. Vortrag und Diskussion über die Bedeutung des Achtstundentages und des 1. Mai 1890. Referent: Max Baginsky. — Die Lohnbewegung der Zimmerer Deutschlands 1889 und 1890. Referent: A. Bringmann-Magdeburg.

**Große öffentliche Schuhmacher-Versammlung** am Montag, den 17. März, abends 8 1/2 Uhr in Habels Brauerei, Bergmannstraße 5-7. Vortrag und Diskussion.

## Die Postabonnenten unseres Blattes

erinnern wir daran, ohne Säumen und vor Monatschluß ihr

## Abonnement zu erneuern,

das sonst von der Post als erloschen betrachtet wird.

Post-Zeitungs-Katalog für 1890 Nr. 893.

Preis pro Vierteljahr **RM. 1.50** (bei Selbstabholung am Postschalter.)

Durch Briefträger fr. ins Haus **Mark 1.65 pro Viertel.**

Erit nach dem Monatschluß eingegangene Bestellungen sind mit ungenügenden Kosten und Arbeits- und Nachvergebungen verbunden — ganz abgesehen davon, daß eine Nachlieferung der bereits erschienenen Nummern oft gar nicht mehr erfolgen kann.

## Große öffentliche Volks-Versammlung.

Dienstag, den 18. März, abends 8 1/2 Uhr im Saale der Brauerei Friedrichshain (Lips).

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Herrn Max Schippel über: „Unsere politischen Zustände, die Arbeiter und die Arbeiterinnen.“ — 2. Diskussion. — 3. Verschiedenes.

Alle Parteigenossen, Männer und Frauen, ladet freundlichst ein der Einberufer: Eugen Ernst.

## Versammlung

des sozialdemokratischen Wahlvereins f. d. 2. Berl. Wahlkreis.

Sonntag, den 16. März, vormittags 11 1/2 Uhr, im großen Saale der Viktoria-Brauerei, Lützowstraße 112.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag über: „Das Resultat der Reichstagswahlen.“ Referent: A. Meyer. — 2. Diskussion. — 3. Die Lokalfrage für den 2. Wahlkreis. — 4. Fragelasten.

Um pünktliches und zahlreiches Erscheinen wird erucht. Die Jahlstellen für den Wahlverein befinden sich für den Süd-West bei P. Sedlatschek, Fürbringer- und Jossenstrassen-Ecke; für West bei A. Böhlend, Bülowstr. 51. Die Hilfsstärker sind des Sonnabends von 8 Uhr abends und Sonntag vormittags dort anwesend. Der Vorstand.

## Fachverein der Tischler

(für den Osten.)

### Versammlung

am Sonntag, den 16. ds. Mts., Vorm. 10 1/2 Uhr, im königlichen Casino, Holzmarktstr. 72.

Tagesordnung:

Vortrag, Diskussion, Verstatangelegenheiten und Verschiedenes.

Kollegen als Gäste willkommen. Neue Mitglieder werden in der Versammlung aufgenommen.

Der Bevollmächtigte.

NB. Den Jahlstellen zur Entgegennahme von Beiträgen und Aufnahme neuer Mitglieder befinden sich bei Schmidt, Friedrichsbergerstr. 25 und Langestr. 70 bei Heindorf jeden Sonnabend Abend von 8 1/2-10 Uhr.

## Berliner Arbeiter-Bildungs-Verein.

### Versammlung

Dienstag, den 18. März, Abends 8 1/2 Uhr, in Scheffer's Salon, Inselstr. 10.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Herrn Stadtv. Zubeil. 2. Diskussion. 3. Allgemeines und Fragelasten. Gäste haben Zutritt. Um zahlreiches Erscheinen erucht

Der Vorstand.

## Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung.

Sonntag, den 16. März cr., Abends 6 1/2 Uhr im Lokale Andreasstr. 21 (früher Keller)

Vortrag.

Nach dem Vortrage gefelliges Beisammensein. Gäste, Damen und Herren willkommen.

Der Vorstand.

Les-

## und Diskutierklub „Herwegh“.

Die Klubabende finden jeden Dienstag, Abends 8 Uhr statt. Hierzu sind fämmtliche Mitglieder dringend eingeladen. Gäste, Damen und Herren, durch Mitglieder eingeführt, haben Zutritt. Neue Mitglieder werden aufgenommen.

Der Vorstand.

## Albert Auerbach,

Berlin S., Kottbuser Damm 7.

## Schuh- und Stiefel-Lager

für Herren, Damen und Kinder. Reelle Bedienung. — Feste Preise

## Cigarren u. Tabake

reichhaltiges Lager

von

O. Klein.

15. Ritterstraße 15.

Dieselbst Jahlstelle der Gärtler u. Bronceur (G. H. 60).

## Sozialdemokratischer Wahlverein des 6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.

Montag, den 17. März, abends 8 1/2 Uhr, im Saale der Roabiter-Aktien-Brauerei (Arens).

### Große Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Herrn Feig Krüger. — 2. Diskussion. — 3. Verschiedenes und Fragelasten.

Aufnahme neuer Mitglieder. Zu zahlreichem Besuch ladet ein der Vorstand.

Durch uns zu beziehen:

Uebersicht über die Verhandlungen des Reichstages.

VII. Legislaturperiode, letzte Session 1889/90. 116 Seiten broch.

Preis 50 Pf. mit Porto 60 Pf.

Expedition der „Berl. Volks-Trib.“ Berlin S.O., Oranienstr. 23.

## Berliner Arbeiterbibliothek. I. Serie.

Herausgegeben von Max Schippel-Berlin.

Eine Sammlung allgemein verständlicher Agitationschriften in bester Ausstattung und zu niedrigem Preise, die wir allen Lesern der „Volks-Tribüne“, sowie allen Mitgliedern von Arbeitervereinen aller Art bestens empfehlen.

Heft 1. Ein sozialistischer Roman. Nach dem Amerikanischen. Von Edward Bellamy. 32 Seiten. Preis 15 Pfg.

Heft 2. Die Gewerkschaften, ihr Nutzen und ihre Bedeutung für die Arbeiterbewegung. Von Max Schippel-Berlin. 32 Seiten. Preis 15 Pfg.

Heft 3. Die Arbeiterinnen und Frauenfrage der Gegenwart. Von Clara Zetkin-Paris. 40 Seiten. Preis 20 Pfg.

Heft 4. Die französische Arbeiterbewegung seit der Pariser Kommune. Von Ossip Zetkin-Paris. 48 Seiten. Preis 20 Pfg.

Heft 5. Charakterköpfe aus der französischen Arbeiterbewegung. Von Ossip Zetkin-Paris. 48 Seiten. Preis 20 Pfg.

Heft 6. Die Hans-Industrie in Deutschland. Von Paul Kampffmeyer-Genf. 32 Seiten. Preis 15 Pfg.

Heft 7. Junker und Bauer. Von Paul Kampffmeyer-Genf. 32 Seiten. Preis 15 Pfg.

Heft 8. Die wirtschaftlichen Umwälzungen unserer Zeit und die Entwicklung der Sozialdemokratie. Von Max Schippel-Berlin. 32 Seiten. Preis 15 Pfg.

Heft 9. Die Marx'sche Werththeorie. Zur Einführung in das Studium von Marx. Von Paul Fischer-London. 52 Seiten. Preis 20 Pfg.

Heft 10. Die Sozialdemokratie und der Deutsche Reichstag. Materialien zum Gebrauch für sozialdemokratische Reichstagswähler. 36 Seiten. Preis 15 Pfg.

Heft 11. (nächsten Donnerstags zur Ausgabe gelangend): Die soziale Frage auf dem Lande. Von Paul Kampffmeyer-Genf u. a. 40 Seiten. Preis 20 Pfg.

Heft 12. (in kürzester Zeit erscheinend): Die internationale Arbeiterschungsgebung. 32 Seiten. Preis 15 Pfg.

Zu beziehen durch die bekannten Kolporteurs und die Expedition der

„Berliner Volks-Tribüne“, Berlin S.O., Oranienstraße 23.

Jedes Heft ist einzeln käuflich.

Wiederverkäufer, sowie Arbeitervereine erhalten hohen Rabatt.